

Horst Kriz – Jochen Müller

10 Jahre Integrationskonzept der Stadt Rüsselsheim

- Autoren ziehen Bilanz
 - Wenig Fortschritte
- Ohne Kreativität und Dynamik
- Der politische Wille fehlt

Rüsselsheim, im September 2015

Inhalt

0 Die letzten 10 Jahre wurden vertan - das Thema wurde und wird nicht ernst genommen	-4-
0.1 Im November 2005	
0.2 Evaluation	
1 Die integrationspolitische Visitenkarte der Stadt	-10-
1.1 „Integration“: Versuch einer Neu-Definition	
1.2 Mögliche Ziele einer integrationspolitischen Visitenkarte	
2 Partizipation	-14-
2.1 Dritte Generation schlechter integriert als die erste	
2.2 Was ist da schief gelaufen und was ist noch zu tun?	
2.3 Partizipation - Ausländerbeirat	
2.4 Stadtviertel	
2.5 „Basta-Politik“	
3 Strukturen	-25-
4 Baustelle Sprache	-27-
4.1 Globalisierung und Sprache	
4.2 Migration und „Einheits“-Sprache	
4.3 Erlernen der „Amtssprache“	
4.4 Muttersprachlicher Unterricht	
5 Baustelle Bildung	-33-
5.1 Vom Optimum zum Minimum	
5.2 Unser Bildungssystem	
5.3 „U 3“	
5.4 Einsparung durch Abschreckung	
5.5 Kita: Minimum = Optimum	
5.6 Schuldenideologie	
5.7 Benachteiligung nimmt zu	
5.8 Keine Evaluation	
5.9 Schulen	
5.10 Betreuung	
5.11 Betreuungsschule	
5.12 Horte	
5.13 Qualitätsminderung im Kleingedruckten	
5.14 „Schönrederei“	

- 5.15 Die Landesregierung agiert
- 5.16 Sparen
- 5.17 „Bücher“ und „Büchereien“
- 5.18 Schulentwicklung
- 5.19 „Freie Schulwahl“
- 5.20 Elternverantwortung
- 5.21 Elternarbeit
- 5.22 Soziale Desintegration
- 5.23 Ergebnis

6 Wie soll es weitergehen? **-54-**
Religion und Religionsunterricht

- 6.1 Religionen
- 6.2 Pluralismus
- 6.3 Islam
- 6.4 Zuwanderer in Rüsselsheim
- 6.5 Gespräche zwischen den Religionen
- 6.6 Islamischer Religionsunterricht und Integration

7 Willkommenskultur **-65-**

- 7.1 Die verdrängte Verantwortung
- 7.2 Ideen

8 Übergänge - Vorschläge übergangen **-78-**

Anfragen – Ergänzungen – Kommentare

an:

Horst Kriz - Jochen Müller

integrieren@web.de

© Alle Rechte vorbehalten.

0 Die letzten 10 Jahre wurden vertan - das Thema wurde und wird nicht ernst genommen

10 Jahre ist es her, dass wir mit vielfältiger Unterstützung aus Verwaltung und Wissenschaft ein Konzept erarbeitet haben, wie Integration in Rüsselsheim systematisch bearbeitet und gefördert werden könne.

Jetzt kamen Anfragen, wie wir das Thema heute sehen. Wir beschlossen – trotz verschiedener Mahnungen, das interessiere doch keinen – unsere heutige Sicht zusammenzustellen.

Es ist keine Neuauflage des damaligen Konzepts, es ist keine wissenschaftliche Abhandlung, es ist keine umfassende Darstellung.

Es ist unser Versuch, vielleicht doch noch eine Diskussion zu fördern, bzw in Gang zu bringen. Jede und jeder, die oder der unsere Positionen, die auch nicht immer identisch sind, widerlegt oder auf Alternativen hinweist, ist uns willkommen.

Wir wollen Themen und Fragen benennen, bei denen weiterhin teilweise gravierender Handlungsbedarf offenkundig wird. Wir wollen außerdem Themenfelder aufzeigen, die nicht einmal ansatzweise auf den Weg gebracht wurden.

Wir haben bei der Vorstellung des Integrationskonzeptes im November 2005 darauf hingewiesen:

Wenn im Bereich „Integration“ nichts geschieht, bringt dies dennoch erhebliche Konsequenzen für die Stadtgesellschaft und Kosten für die Stadt mit sich.

Unser Eindruck ist, dass sich nach wie vor Verantwortliche kaum um das Thema kümmern, obwohl vor 10 Jahren viele Beschlüsse dazu gefasst wurden.

Wir möchten dennoch unsere persönliche Verantwortung ernst nehmen und zum wiederholten Male versuchen, die notwendige Diskussion anzustoßen. Unser Vorschlag nach einer entsprechenden Form der gesellschaftlichen Diskussion

(Bündnis) hat leider bislang keine Reaktion gefunden. Außer einigen symbolischen Aktionen ist aus unserer Sicht nicht viel geschehen.

Dagegen werden zunehmend **des**integrative Tendenzen sichtbar, ein Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft ist die Folge. Komplizierte und langwierige Auseinandersetzungen um die Lösung anstehender (problematischer) Entwicklungen werden bewusst vermieden.

Was wir hier ansprechen möchten, ist nicht nur auf Rüsselsheim bezogen. In unserer globalen Welt gibt es keine unabhängigen Inseln mehr. Die Themen gelten weit über kommunale und Ländergrenzen hinaus.

Das Thema des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“, das ist „Integration“, wird fast völlig überlagert von den Star-Themen „Haushaltsausgleich“ und (in einem Teilbereich von) „Willkommenskultur“.

Das Thema „Haushaltsausgleich“ hat dazu geführt, dass inhaltliche Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung völlig ausgeblendet werden.

Bei der Diskussion über „Willkommenskultur und Flüchtlinge“, was wir als eine sehr aktuelle Facette des Themas „Integration“ ansehen, wird eine grundsätzliche Doppelbödigkeit deutlich.

Natürlich sind wir tolerant, hilfsbereit, also „human“ - aber es darf nichts kosten.

Im November 2005 wurde das Konzept „Bündnis für Integration“ der Stadtverordnetenversammlung übergeben und gleichzeitig der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Im Januar 2006 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragt eine Prioritätenliste für Maßnahmen zu erstellen. Im März 2008, über 2 Jahre später hat der Magistrat eine Prioritätenliste vorgelegt und die Stadtverordnetenversammlung hat daraufhin die folgenden **vorrangig** zu bearbeitenden Themen beschlossen:

- **Sprache**
- **Kommunale Serviceleistungen**
- **Teilhabe von Frauen und Mädchen am gesellschaftlichen Leben**

Alle anderen Handlungsfelder wurden als nachrangig eingestuft. Zu den Themenfeldern, die wir unter „**Übergänge**“ ansprachen, wurden keine Ausführungen gemacht.

Zu den vorrangig zu bearbeitenden Themen sollten **Arbeitsgruppen** eingerichtet und für Begleitung und Koordination ein **Beirat** gebildet werden. Die Geschäftsführung des Beirates sollte dem Magistratsbüro obliegen.

Zur Umsetzung der im Integrationskonzept aufgeführten umfangreichen Maßnahmen sollte von der Stadtverwaltung ein regelmäßiger **Integrationsbericht** über den Erfolg der Arbeit vorgelegt werden. Außerdem sollten verschiedene Bereiche im Konzept ggf. auf ihre veränderte Bedeutung evaluiert und falls erforderlich neue Akzente gesetzt werden. Die unter „Übergänge“ beschriebenen Themenfelder sollten weiter bearbeitet werden.

0.1 Evaluation

Im Grundlagenpapier „Bündnis für Integration“ war vorgesehen, über die Arbeit regelmäßig zu berichten. Im Laufe der Jahre sollten die Berichte fortentwickelt werden; der Erfolg der Arbeit sei durch die Schaffung von speziellen Indikatoren zu bewerten. Ggf. sollten Akzente neu gesetzt werden um auf veränderte Situationen schnell reagieren zu können.

Es wurden in den 10 Jahren vom Magistrat auch 2 Berichte vorgelegt.

- Doch war das auch das, was mit „Evaluation“ gemeint ist?
- Wurden hier Prozesse auf ihre Tauglichkeit im Hinblick auf bestimmte Ziele untersucht?
- Oder wurde hier einfach nur eine Beschreibung dessen geliefert, was mehr oder weniger zufällig geschah und was dann nachträglich mit „Sinn“ versehen wurde?

Die Autoren dieser beiden Berichte muss man allerdings in Schutz nehmen, da ihnen eine Aufgabe übertragen wurde, die zu erfüllen unmöglich war: da das Thema „Integration“ von den Verantwortlichen nie ernsthaft betrieben wurde, hatten die Berichte von Anfang an Alibi-Charakter! Es sollte lediglich der Eindruck erweckt werden, dass Integration betrieben würde.

So wurden auch nicht die Kriterien des ursprünglichen Konzepts zum Maßstab der Beurteilung, sondern das, was gemacht wurde, war gut, weil es gemacht wurde. Es fehlen daher auch kritische oder weiterführende Elemente.

Besonders deutlich wird dies im Bericht beim Abschnitt „Sprachförderung im Elementarbereich“. Dieses in der Prioritätenliste als vorrangig bezeichnete Themenfeld konnte aufgrund von Schwierigkeiten auf der strukturellen und organisatorischen Ebene nicht weiter verfolgt werden.

Im Anschluss an die Vorlage des Grundlagenpapiers „Bündnis für Integration“ im November 2005 hat es der damalige Magistrat versäumt, die richtigen Weichen zu stellen. Die

Diskussion über die Inhalte des Konzeptes wurde von der gesellschaftlichen auf die Verwaltungsebene verlagert. Und so dümpelte das Thema jahrelang vor sich hin. Dieser Zustand hält bis heute an.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sehen bei dem Thema demographischer Wandel und Integration bislang keinen Handlungsbedarf; das Thema hat einen sehr geringen Stellenwert auf der Agenda der politisch Verantwortlichen. Der demographische Wandel aber kommt, ob die Politik etwas macht oder nicht. Bei der zunehmenden Überalterung und der steigenden Zahl an Rüsselsheimern mit Migrationshintergrund wird es zunehmend zur Segregation der Gesellschaft kommen. Die Auswirkungen sind bereit heute zu erkennen. Dem zu begegnen bleibt eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Wir gingen in unserem „Bündnis für Integration“ davon aus, dass Integration im Miteinander der Bürgergesellschaft stattfinden müsse. Wir stellen fest, dass die politisch Verantwortlichen sich diesem Bündnis letztlich von Anfang an entzogen.

Die schleichende Entdemokratisierung gerade der kommunalen Ebene – nicht zuletzt auch durch Maßnahmen der Landesregierung, etwa in den Änderungen der HGO – , die ihre Wirkung in den massiv schwindenden Wahlbeteiligungen zeigt, führt zunehmend auch zur Schwächung integrativer Prozesse.

Wenn es dennoch vielfach gelingende Integration gab und gibt, dann nicht weil, sondern obwohl die politisch Verantwortlichen sich ihrer Verantwortung entziehen.

Gerade auch in Rüsselsheim zeigen die gehäuften Bürgerbegehren an, dass die Bürgerschaft sich verantwortlich fühlt.

Die Trickereien der Politik allerdings zeigen auch, dass Macht- und Postenerhalt, dass „Basta-Politik“ um jeden Preis dazu führen, demokratische Strukturen zu umgehen, sie zu meiden „wie der Teufel das Weihwasser“.

In den Ausschüssen der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung werden kaum noch inhaltliche

Diskussionen geführt, werden auch immer seltener Abstimmungen durchgeführt. Abstimmungen finden fast nur noch in der Stadtverordnetenversammlung, vielleicht noch im Haupt- und Finanzausschuss, statt – und da geht es nur noch um das Durchboxen von Mehrheiten.

Paradebeispiel in Rüsselsheim dafür ist der Beschluss des Schutzschirmvertrages, der letztlich nur mit 14 Stimmen beschlossen wurde ¹.

Informationen, die angekündigt, aber dann doch nicht gegeben wurden, Spielereien mit massivem Zeitdruck, Einflussnahme von Landesebene und weitere Elemente, die mit einem demokratischen Gebaren nichts mehr zu tun haben, führten dann zu dem von Anfang an – von wem auch immer – angezielten Ergebnis.

Selbst wenn man das Ergebnis inhaltlich als gut empfände – durch die Art und Weise des Vorgehens wurde es korrumpiert. Der Zweck heiligt in einem Land mit freiheitlich demokratischer Grundordnung eben nicht die Mittel!

Integration hat also nur auf dem Weg über die Bürgerschaft eine Chance. Sich auf die aktuell politisch Verantwortlichen zu verlassen, scheint uns sinnlos zu sein.

Dabei geht es uns nicht um eine konkrete Partei. Es geht uns um das „System“, um die „Gepflogenheiten“, die sich immer weiter von den verfassungsmäßigen Vorgaben entfernen.

¹ Niederschrift zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2012, TOP 13

1 Die integrationspolitische Visitenkarte der Stadt

Die Integrationspolitik in unserer Stadt wird nicht als gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe verstanden, zudem fehlt die Dynamik. Es fehlt eine umfassende Vorgehensweise, die auf qualifizierten Analysen beruht und zukünftige Entwicklungen wie Demografie, Stadtentwicklung, Ökonomie, und Soziales einbezieht. In einer Gesamtschau wären die Bereiche Arbeit, Bildung, Flüchtlinge, Familien, usw. zu betrachten und zu steuern.

Es fehlt ein kommunaler Aktionsplan, eine „integrationspolitische Visitenkarte“ unserer Stadt.

Im Integrationskonzept „Bündnis für Integration“ aus dem Jahre 2005 haben wir bereits auf diesen Aspekt hingewiesen, der als ein Gütezeichen der Stadt Rüsselsheim entwickelt werden sollte. Arbeitsinhalte wurden benannt und mehrere ineinander greifende Maßnahmen vorgeschlagen. Bedauerlicherweise ist es versäumt worden, diesen Vorschlag in einem eigenen Profil zu verwirklichen.

Hier wird der Bedarf an unabhängiger Politikberatung besonders deutlich. Mit Blick auf den demographischen Wandel und der Entwicklung der Stadtgesellschaft muss die Integrationspolitik weiterhin zentrales Politikfeld bleiben.

1.1 „Integration“ heute: der Versuch einer Neu-Definition:

Der Begriff „Migrationshintergrund“ wurde im Jahr 2005, also vor 10 Jahren eingeführt und verhindert die Wahrnehmung des Deutscheins als vielfältiger Identitätsform, weil er eine künstliche Trennung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund schafft².

Deshalb der Versuch einer Neudefinition, anwendbar für die praktische (Integration) Arbeit vor Ort.

2 <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/>

In der Diskussion um Integration ist allzu häufig allein die Rede von Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Problemgebiete werden anhand von Ausländerzahlen benannt, als würde dies alle weiteren Probleme wie selbstverständliche Folgeerscheinungen erklären. Zudem werden die Begriffe „Ausländer“, „Migrant“, „Mensch mit Migrationshintergrund“ meist synonym und ohne genaue Definition verwendet. Als Beleg dafür kann man die Definition des Statistischen Bundesamtes anführen. Deren Definition ist zwar sachgerecht, allerdings wenig hilfreich für die praktische Arbeit vor Ort, da sich daraus kein Handlungsbedarf ergibt. Denn hiernach weisen Menschen selbst dann einen Migrationshintergrund auf, obwohl sie keine Migrationserfahrung haben, wie z.B. in Deutschland Geborene, deren eines Elternteil Ausländer ist. Auch Menschen, die als Deutsche nach Deutschland zugewandert sind gelten als „Menschen mit Migrationshintergrund“ Hinter dem Begriff „Migrationshintergrund“ kann sich also vielmehr eine unbestimmte Vielfalt von Migrationsverläufen verbergen: „von der Eliteeinwanderung bis zum unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, vom Enkel eines Gastarbeiters bis zum verfolgten Künstler. Neben dem definitorischen Unklarheiten wird der Terminus „Migrationshintergrund“ erst richtig problematisch, wenn er als eine Art „biologische Konstante“ gesehen wird, die nicht mehr ableitbar ist und die prägend sein soll für bestimmte Verhaltensweisen oder Problemlagen.

Stattdessen sollten die klassischen Merkmale der Sozialpolitik wie Geschlecht, Alter oder sozio-ökonomischer Status zur Beschreibung von Handlungsfeldern und Problemlagen herangezogen werden. Diese sind zudem klarer messbar und können leichter mit Bedarfslagen verbunden werden.

Bereits im „Bündnis für Integration“ aus dem Jahre 2005 wurde zu einer Neupositionierung der Integrationspolitik geraten. Das Integrationskonzept bezog sich auf die „Eingliederung neuer oder ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weise, wie diese (neuen) Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozio-ökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden.

Integration kann demnach auch mit „Chancengleichheit“ und „Gleichberechtigung“ übersetzt werden. Die Integrationspolitik muss sich an Zielgruppen und nicht mehr nur der Staatsangehörigkeit orientieren. Entsprechend geht es bei der Integrationsarbeit nicht nur um die Integration von Migranten in das gesellschaftliche Leben, sondern vielmehr um einen breiteren Ansatz, der alle gesellschaftlichen Gruppen umfasst: ältere und jüngere Menschen, Singles und Familien, Berufstätige und Erwerbslose, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Nicht das Merkmal „Migrationshintergrund“ ist ausschlaggebend für Integrationsstrategien, sondern vielmehr müssen multiple soziale und sonstige Problemlagen Ausgangspunkt für Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen sein.

1.2 Wie eine integrationspolitische Visitenkarte entwickelt werden könnte – hier ein Beispiel für einen kommunalen Aktionsplan aus Bielefeld³:

Mögliche Ziele einer integrationspolitischen Visitenkarte:

- 1. „Wir fördern Integration!“**
- 2. „Wir werden die familienfreundlichste Stadt (in Hessen)!“**
- 3. „Wir wohnen zukunftsfähig!“**
- 4. „Wir lernen lebenslang!“**
- 5. „Wir gehen fit in die Zukunft!“**
- 6. „Wir wirtschaften für die Zukunft!“**

Die entsprechenden Handlungsschwerpunkte sind dann:

zu 1.: Integrations- /Migrationspolitik; Aspekt „Demographischer Wandel“:

- Der Zuzug von Zuwanderern/innen (jungen Familien) und damit verbunden auch die zunehmende Zahl von Kindern sind für die Bevölkerungsentwicklung wichtig.
- Das Qualifikationspotential von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist notwendig für Innovation in

³ Nach/Aus: Demographischer Wandel als Chance. Das Bielefelder Konzept. Zukunft Stadt. Heft 3, ca. 2006, www.bielefeld.de

Unternehmen (Standortvorteil für eine erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“).

- Die Entwicklung von frühzeitigen Maßnahmen verhindert soziale Konflikte in den Quartieren (Segregation vermeiden).

Zu 2.: Kinder- und Familienpolitik; Aspekt „Demographischer Wandel“:

- Ausreichende, flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen können ein „Motivationsfaktor“ zur Entscheidung für oder gegen Kinder sein.
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern, d.h. familienpolitische Maßnahmen gelten als „weicher“ Standortfaktor und sind somit wichtig für den Wirtschaftsstandort
- Generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte sind Werbeträger für die Stadt.

Zu 4.: Bildung und Qualifizierung; Aspekt „Demographischer Wandel“:

- Universität und Fachhochschulen sind günstige Faktoren für den Zuzug von jungen Menschen, die evtl. „am Ort“ Familien gründen.
- Wissenschaft und Forschung als Standortvorteil.
- Gute Schulangebote sind für Eltern ein wichtiges Entscheidungskriterium für Zu- oder Wegzug.
- Das Qualifikationspotential junger Menschen wird zukünftig immer wichtiger im Hinblick auf notwendige Innovationen in Unternehmen; wichtige Aufgabe hinsichtlich Ausbildung und Übergang Schule – Beruf.
- Das Qualifikationspotential von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist notwendig für Innovation in Unternehmen (Standortvorteil für eine erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“).
- Die Entwicklung von frühzeitigen Bildungsangeboten für Kinder mit Migrationshintergrund (z.B. Sprachkurse) vermeidet soziale Konflikte.

- Weiterbildung/Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern/innen (durch Universität und Weiterbildungseinrichtungen) sind wichtig für Unternehmen (erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“).
- Forschung als Wirtschaftsfaktor.
- Entwicklung von Gesundheits- und Präventionskonzepten in der Stadt.

2 Partizipation

2.1 Dritte Generation schlechter integriert als die erste

Nach einer Studie des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung – „Zur Lage der Integration in Deutschland“, vom Juni 2014⁴, zeigen türkische Migranten die stärksten Integrationsprobleme. Dies ist im Wesentlichen auf das niedrige Bildungsniveau zurückzuführen: Jeder fünfte aus der Türkei zugewanderte Mann und jede dritte Frau haben weder einen Schul- noch einen Bildungsabschluss. Im deutschen Schulsystem gelingt es den Kindern von türkischen Zuwanderern vergleichsweise selten, die Bildungsdefizite ihrer Eltern aufzuholen. Allein türkische Mädchen gehören im Bildungsbereich zu den Integrationsgewinnern.

Nach Angaben des Zentrums für Türkeistudien (ZfT)⁵ hat fast die Hälfte der türkischstämmigen Einwohner in Nordrhein-Westfalen keine berufliche Ausbildung. Besonders Frauen sind mit 58 Prozent deutlich überrepräsentiert. Auffallend ist dabei, dass die dritte in Deutschland lebende Generation (46,3 Prozent ohne Ausbildung) deutlich schlechter abschneidet als die zweite (31,9 Prozent).

Zudem gaben zwei Drittel der vom Türkeizentrum befragten Personen an, sie sprächen innerhalb der Familie hauptsächlich Türkisch. Lediglich acht Prozent nutzen Deutsch. Auch die Verbundenheit mit Deutschland hat in der dritten Generation abgenommen. 30,3 Prozent identifizieren sich vor allem mit der Türkei, 27 Prozent mit Deutschland und knapp 43 Prozent mit beiden Staaten. Türken der zweiten Generation fühlten sich noch deutlich mehr mit der Bundesrepublik verbunden.

Die Erkenntnisse aus beiden Studien sind auf die Stadt Rüsselsheim übertragbar, die weitaus größte Gruppe der Zuwanderer hat türkische Wurzeln.

4 <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/ungenutzte-potenziale.html>

5 http://zfti.de/downloads/bericht-nrw-2013_end.pdf

Was ist da schief gelaufen und was ist noch zu tun?

Während öffentlich finanzierte Kampagnen für mehr Offenheit gegenüber Zuwanderern werben („Willkommenskultur“), bleibt die deutsche Debatte auch geprägt von der Angst vor Armutszuwanderung, Überfremdung oder gar vor einer schleichenden Islamisierung. So glauben 42 Prozent der Deutschen, die Ausübung des Islams stelle eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft dar. Das sind mehr Menschen als in jedem anderen europäischen Land.

Noch nie wurde Zuwanderern der Anschluss an die deutsche Gesellschaft so leicht gemacht, noch nie gab es so viel Unterstützung. Dennoch, auch nach 50 Jahren, nach manchmal drei Generationen, mit deutschem Pass, aber auch mit einem Migrationshintergrund, sind sie zwar Deutsche geworden, aber trotzdem fremd geblieben. Aber warum bleiben die Fremden so häufig fremd, warum kommen vor allem Türken nicht in Deutschland an, offenbar nicht einmal die, die hier geboren sind?

Zwei Seiten gehören zur Integration, die Mehrheit, die zur Aufnahme bereit ist, und die Minderheit, die Teil werden will. Doch viele türkische „Gastarbeiter“, die vor Jahrzehnten nach Deutschland kamen, wollten gar nicht Teil werden, sie wollten hier Geld verdienen und dann, nach ein paar Jahren, zurück in die Heimat. Doch es kam anders, sie blieben, aber ihre innere Haltung änderte sich nicht. Sie richteten sich ein in Parallelstrukturen. Sie knüpften keine Kontakte zu Deutschen, und all das erschwerte auch ihren Kindern den Weg in die deutsche Gesellschaft.

Und die Mehrheit? Was haben Deutsche versäumt bei der Integration der Türken? Die Suche nach einer Antwort führt sofort zum zentralen Punkt - der **Bildung**. Und der Schlüssel zu Bildung und Erfolg ist die Sprache. „Wir haben uns viel zu lange daran gewöhnt, dass wir Grundschulklassen haben, in denen 80 Prozent kein Deutsch verstehen“, hört man von Lehrkräften, die ungenannt bleiben wollen. Und es ist keine Seltenheit mehr, dass es heute bereits Kitas gibt (auch in Rüsselsheim), in denen es kein einziges „deutsches“ Kind mehr gibt. Vorschläge zur Lösung des Problems sind naheliegend, aber teuer:

Verdoppelung der Erzieherinnen in den Kitas, Ganztagschulen, doppelt so viele Lehrer, doppelt so viele Sozialarbeiter.

Aber Integration erfordert auch eine Entscheidung der Menschen, sie müssen sich integrieren wollen. Man muss von den Zuwanderern und ihren Kindern erwarten, dass sie mehr Lernbereitschaft mitbringen, dass sie die Sprache beherrschen, die Rechtsordnung und die kulturellen Normen in Deutschland akzeptieren. „Dass jemand aus religiösen Gründen am Sportunterricht nicht teilnimmt darf es nicht geben“, sagen Migrationsforscher.

Nach einer Studie des Essener Zentrums für Türkeistudien (ZfT) (s.o.) bezeichnen sich 83 Prozent der türkischen Muslime als religiös oder streng religiös. „Die Religion hat zugenommen“, schreiben die Autoren. Aber was bedeutet das für die Integration? Verhindert der Islam, dem die meisten der hier lebenden Türken angehören, dass Migranten ihren Weg in die deutsche Gesellschaft finden?

Für Islamkritiker spielt die Religionszugehörigkeit bei misslungener Integration der Türken eine maßgebliche Rolle. Sie sehen in ihr die Wurzel des Übels, die patriarchalische Strukturen untermauere und die Integration in unsere offene Gesellschaft behindere. Ja, sie sehen in ihr sogar die Feinde der offenen Gesellschaft.

Maßgebliche Religionspädagogen warnen jedoch vor Klischees. Die breite Masse der Deutschen sitzt dem falschen Glauben auf, alle Türken seien orthodoxe Muslime. Die meisten religiösen Türken hörten nicht auf fundamentalistische Imame.

Tatsächlich ist auch hier eine Differenzierung notwendig, denn die Trennung von Kirche und Staat unterstützen insgesamt knapp drei Viertel der türkischen Muslime in Deutschland, so die ZfT-Studie.

Doch noch immer, in Kenntnis dieser Hinweise, **fehlt es in unserer Stadt an einer Integrationspolitik**, welche die Vorteile der Zuwanderung in den Vordergrund stellt, ohne die Herausforderungen und Probleme zu missachten. Die Stadt muss die Realität wahrnehmen um zu Lösungen zu kommen.

Es sind im Wesentlichen zwei Baustellen, auf denen gearbeitet werden muss: Migranten mit niedriger Qualifikation benötigen besondere Aufmerksamkeit, damit sie und vor allem ihre Kinder faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Im Bildungsbereich müssen sich Lehrkräfte und Infrastruktur noch stärker auf eine vielfältige Schülerschaft einstellen.

Nicht zuletzt bedarf es einer einheitlichen Datenlage auf deren Grundlage Politikentscheidungen getroffen und kontrolliert werden können. Es ist leider noch immer wenig darüber bekannt, wie gut die Zuwanderer und ihre Kinder in der Stadtgesellschaft angekommen sind. Dies liegt auch an der statistischen Datengrundlage. Bis 2005 kannte man nur einige wenige sozio-ökonomische Eigenschaften der Ausländer. Jene Menschen, die durch Einbürgerung oder Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten, verschwanden in der allgemeinen Statistik. Sie galten darin als Deutsche, selbst wenn sie in der Gesellschaft oft noch als Fremde betrachtet wurden.

Fast alle Kinder sind selbst in Deutschland geboren und besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Statistisch sind sie damit nicht mehr von Kindern ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden. Dennoch wird ihr Leben in der deutschen Gesellschaft noch immer maßgeblich durch ihre familiäre Zuwanderungsgeschichte geprägt – selten zu ihrem Vorteil. Vergleicht man Menschen mit Migrationshintergrund und einheimische Deutsche anhand ihrer Teilnahme am Bildungssystem, ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt oder ihrer Rolle als Träger gesellschaftlicher Funktionen, schneiden Migranten im Durchschnitt schlechter ab. Sie brechen öfter die Schule ab, sind häufiger erwerbslos und damit auch vermehrt von Sozialleistungen abhängig und sie sind weniger in öffentlichen Vorbildfunktionen.

Hier muss Integrationspolitik in unserer Stadt ansetzen, dies ist bislang leider nicht geschehen.

2.2. Partizipation - Ausländerbeirat

Mit Partizipation ist die Teilhabe der Zuwanderer an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen gemeint. Da sich Partizipation und Integration gegenseitig

bedingen, sollten wir ein starkes Interesse daran haben, Zuwanderern die Möglichkeiten der sozialen und politischen Partizipation anzubieten. Es wird verkannt, dass Zuwanderer trotz strukturell bedingter Barrieren, bereits ein beträchtliches Ausmaß an gesellschaftlicher Integration und sozialer Partizipation erreicht haben. Sicherlich ist die gesellschaftspolitische Partizipation der Zuwanderer nicht in allen Bereichen und nicht bei allen Zuwanderergruppen gleich hoch entwickelt. Denn bei den Zuwanderern handelt es sich um eine äußerst heterogene Gruppe und die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung gegenüber verschiedenen Zuwanderergruppen ist sehr unterschiedlich. Um zu einer gelingenden Integration zu gelangen, gilt es an der Stärkung der gesellschaftlichen Partizipation weiter zu arbeiten.

Partizipation und Integration sind kein immerwährendes Straßenfest.

Bei der politischen Partizipation stellen sich sofort zwei zentrale Fragen. Die Frage nach dem „kommunalen Wahlrecht für Alle“ und nach der Notwendigkeit von Ausländerbeiräten. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts „für Alle“ scheitert an den Bestimmungen des Grundgesetzes, insofern ist es bei der Debatte um ein kommunales Wahlrecht auffallend still geworden.

Bei der Verankerung der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und ihrer sich daraus ergebenden Aufgabenstellung als beratendes Organ kommunaler Gremien ist eine Überprüfung auf ihre heutige Tauglichkeit längst überfällig.

In den letzten Jahrzehnten haben sich gravierende Veränderungen in der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung ergeben. Den „Gastarbeiter“ als den klassischen Typus des Zuwanderers in seiner ursprünglichen Form gibt es schon lange nicht mehr. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Veränderung der Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung und dem Rückgang bei der Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen ist offenkundig. Durch das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger und die steigenden Einbürgerungen (mit oder ohne doppelte Staatsangehörigkeit) sind die Ausländerbeiräte in eine institutionelle Krise geraten.

Nur eine Erweiterung der Wählerbasis auf gewisse (ethnische) Ausländergruppen könnte den Interessen der Ausländerbeiräte entgegenkommen, mit dem Risiko einer einseitigen Vertretung. Erfahrungen aus den letzten Jahren haben in Rüsselsheim gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler der Arbeit in Ausländerbeiräten wenig Bedeutung beimessen.

Vor zehn Jahren wurde die Arbeit des Ausländerbeirats in unserer Stadt mit Bezug auf die Integration der zugewanderten Menschen sehr hoffnungsvoll beurteilt. Aus diesem Grund wurde er als ein wichtiger, unverzichtbarer Partner in der Integrationsarbeit gesehen. Integration braucht immer wieder frische Gedanken, zumal der Ausländerbeirat das Lebensumfeld und die Lebensumstände der Zuwanderer am besten kennt. Heute kann man rückblickend feststellen, dass der Ausländerbeirat die in ihn gesetzte Hoffnung nicht erfüllen konnte. Deshalb muss man sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen, auch mit Blick auf die oben gemachten Ausführungen zu den Wahlen, ob ein Ausländerbeirat tatsächlich das Forum sein kann, in dem alle Zuwanderergruppen die Mitgestaltung finden, die erforderlich wäre, um bei der Integration voranzukommen.

Dass der hiesige Beirat als ein Unterstützer bei der Integration der Zuwanderer in unsere pluralistische Gesellschaft gewirkt hat, muss bei objektiver Betrachtung verneint werden. Die Umsetzung der Vorschläge aus dem Grundlagenkonzept „Bündnis für Integration“ 2005 hat ihn wenig interessiert. Er sah sich vielmehr als ein Interessenvertreter vorrangig einer einzigen ethnischen Zuwanderergruppe. Deshalb ist der Ausländerbeirat nicht das Forum, in dem sich die Zuwanderer Gehör verschaffen, geschweige denn über ihre Lebensumstände mitbestimmen können. Der Ausländerbeirat hat sich in den letzten 10 Jahren zu einem „Alibi-Gremium“ entwickelt.

Der Ort für die politische Partizipation von Zuwanderern ist auf kommunaler Ebene nicht der Ausländerbeirat, sondern die Stadtverordnetenversammlung. Die politischen Parteien sind aufgefordert die gesellschaftspolitische Dimension von Integration der Zuwanderer in die Stadtgesellschaft und deren politischer Partizipation endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.

2.3 Stadtviertel

Mit dem demographischen Wandel gehen Veränderungen der Bedürfnisse, Anforderungen und Wünsche der Bevölkerung an Wohnen, Wohnumfeld, Freizeit-, Sozial- und Infrastruktureinrichtungen einher. Stadtviertel unterscheiden sich nach verschiedenen Merkmalen der Segregation, nach Alter, nach Ethnizität, usw. **Deshalb sind die Stadtviertel, nicht die Gesamtstadt als Handlungsebene, weil charakteristisch unterschiedlich, zu sehen.**

Integration fängt im Lebensumfeld an. Wohnen und Nachbarschaft, Kindergarten, Schule und Jugendtreff, Arbeitsstätte, Engagement in Vereinen, bürgerschaftliche Initiativen und Religionsgemeinschaften befinden sich in unmittelbarer Nähe, im Stadtviertel.

„Wir müssen unser Denken von zentral auf dezentral verändern.“

Bereits im Grundlagenpapier „Bündnis für Integration“ 2005 hatten wir auf diese Sachlage hingewiesen und mit diversen umsetzungsfähigen Vorschlägen und Handlungsempfehlungen flankiert. Wir hatten die Einrichtung von Stadtteilrunden in Stadtbezirken mit hohem Anteil an Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund empfohlen. Diese sollten sich u. a. mit Fragen des Zusammenlebens im Sinne von Sich-Wahrnehmen, Tolerieren und Akzeptieren beschäftigen. So sollte eine Vernetzung der Integrationsarbeit in den Stadtvierteln unter Einbeziehung von Akteuren vor Ort erreicht und gefördert werden.

Als positives Beispiel sind Anstrengungen in der Böllenseesiedlung und erste Ansätze im Berliner Viertel zu bewerten, bei denen die Gewobau seit 2013 als Impulsgeber auftritt.

Auch hier, wie bei der Umsetzung der Vorschläge aus dem Grundlagenpapier „Bündnis für Integration“ 2005 ist die Stadt leider nur unbeteiligter Beobachter.

2.4 „Basta-Politik“

Generell für Deutschland

R.Roth beschreibt unsere Führungskräfte⁶:

Reformen ohne und gegen die Bürgerschaft, oft auch ohne angemessene parlamentarische Beteiligung, innerparteiliche und öffentliche Debatte sind ein gemeinsames Kennzeichen der letzten Reformdekade. Als »Basta-Politik« hat es dieses von Kanzler Schröder verkörperte, aber keineswegs auf ihn beschränkte Politikmuster zur stehenden Redewendung gebracht.

Ob Agenda-Gesetzgebung, Föderalismus-Reform, die unendlichen Gesundheits- und Bildungsreformen, der Bologna-Prozess an den Hochschulen oder die EU-Verfassung, sie sind — Letztere zumindest in Deutschland — weitgehend ohne jede Form der Bürgerbeteiligung erfolgt.

Ihr antidemokratischer Impuls besteht nicht nur darin, dass an ihrer Entwicklung weder die Bürgerschaft insgesamt noch die direkt Betroffenen oder die dafür vorgesehenen Parteien und Parlamente einflussreich beteiligt worden sind.

Es geht der »Basta-Politik« in erster Linie um den Beleg von autoritativer Führerschaft, die darin besteht, die in Experten- und Lobbyrunden im jeweils eigenen Interesse ausgedachten Reformkonzepte als modern, sachgerecht und alternativlos zu präsentieren und gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Wer darin erfolgreich ist, kann sich breiter Zustimmung in den Medien gewiss sein, die häufig dem gleichen vordemokratischen Leitbild durchsetzungsfähiger Führerschaft verpflichtet sind. Maßstab ist einzig, ob es gelingt, die Widerstände in Parlamenten, von Interessengruppen und letztlich in der eigenen Partei zu brechen und auf diese Weise »Handlungs-Fähigkeit« zu demonstrieren. Dass dabei selbst die demokratischen Minima parlamentarischer Debatte oder innerparteilicher Demokratie auf der Strecke bleiben, von einer breiten ergebnisoffenen und öffentlichen Debatte des Souveräns ganz abgesehen, wird nur selten bedauert, sondern

⁶ R.Roth: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Lizenzausgabe bpb, Bonn 2011, 63ff

als notwendige Bedingung für erfolgreiche Reformen in Kauf genommen.

Seit der Reformbegriff in der Öffentlichkeit wesentlich als Drohung wahrgenommen wird, hat die Schrumpfverson des »Durchregierens« an Bedeutung gewonnen. Erneut geht es um das Durchsetzen von einmal getroffenen politischen Entscheidungen »gegen jeden Widerstand«.

Unverhohlenes Leitbild für das politische Spitzenpersonal ist der CEO (Chief Executive Officer), der erfolgreiche, visionäre oder pragmatische Unternehmensmanager, ein Leitbild, das im öffentlichen Sektor zuweilen zu skurrilen Vermischungen mit der klassischen bürokratischen Amtsautorität geführt hat.

Die Art und Weise, wie Reformen (nicht) debattiert und durchgesetzt werden, bleibt ihren Inhalten nicht äußerlich. Sie sind von der autoritären Anmaßung geprägt, die bereits die »Weisheit der Vielen« und die Perspektive der Betroffenen .

Konkret auf Hessen bezogen:

- In einem Rundbrief an ihre Mitglieder schreibt die Organisation „Mehr Demokratie e.V.“ am 20.06.2015⁷ ... *Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Regeln für Volksentscheide auf Landesebene und die Regeln für kommunale Bürgerentscheide in Hessen zu verbessern. Die schwarz-grüne Landesregierung ist gerade dabei, ... eine Reform kommunaler Bürgerentscheide auf den Weg zu bringen. Normalerweise wäre das ein Grund zur Freude. Leider sind die vorliegenden Vorschläge von einer echten Reform meilenweit entfernt! ... Die Zustimmungsquoren sollen laut Regierungsentwurf so gestaffelt werden, dass nur 12 von 426 Städten in Hessen überhaupt eine Erleichterung spüren würden. Anders gesagt: die schwarz-grüne Koalition plant hier eine Reform, die den Bürgerinnen und Bürgern in über 97% der Gemeinden überhaupt nichts bringt. Es verbietet sich, so etwas Reform zu nennen ...*

⁷ <http://www.mehr-demokratie-hessen.de/informationen/aktuelles/154-stellungnahme-zum-gesetz-zur-erleichterung-der-buergerbeteiligung-auf-gemeindeebene-und-zur-aenderung-kommunalrechtlicher-rechtsvorschriften.html>

In Rüsselsheim

(Im Zusammenhang mit der Diskussion um die abgeschaffte Direktwahl der Seniorenvertretung)⁸:

„Denn im Magistrat, so hat das ECHO jetzt erfahren, hat allein der ehrenamtliche Stadtrat S. mit einem Antrag überrascht, die Direktwahl der Seniorenvertretung beizubehalten und den Wahltermin mit der Kommunalwahl zusammenzulegen. S. fand keine Unterstützung. In der Magistratsrunde dominierten die Bedenken, die Kehrtwende hin zur Beibehaltung der Direktwahl könne in der Öffentlichkeit als Populismus ausgelegt werden und die Stadtpolitik der Lächerlichkeit preisgeben.“

Dieser Politikstil verweigert Teilhabe, verhindert damit Integration!

8 Rüsselsheimer Echo, 19.07.2015

3 Strukturen

Verschenkte Chance: Gemeinsam erfolgreich für unsere Stadt und eine ehrliche Bestandsaufnahme:

Im Sachstandsbericht 2011-2013, Rüsselsheimer Bündnis für Integration⁹ **wird vom Magistrat für die zukünftige Integrationsarbeit eine andere Form der Kooperationen und Vernetzungen als notwendig erachtet** um die Arbeit noch effizienter zu gestalten. Dies wird in Absatz 7 deutlich, Kooperationen und Vernetzungen – Integration gelingt nur im Bündnis.

Dort heißt es:

- *„Um diese Arbeit noch effizienter zu gestalten und von Synergien zu profitieren empfiehlt es sich, zukünftig eine andere Form der Vernetzung zu etablieren, ein übergeordnetes lokales Netzwerk, in dem alle Akteure und Aktivitäten der Integrationsarbeit gebündelt werden.“*

Weiter heißt es:

- *„Auch für das lokale Bündnis für Integration bietet sich der Aufbau einer ähnlichen Kommission wie die Frauenkammer an, in der fachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie die politischen Fraktionen eine strukturelle Basis für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Rüsselsheim bilden könnte.“*

Hier sagen wir: „Guten Morgen, schon ausgeschlafen!“ Es hat „acht“ Jahre lang gedauert um zu dieser Erkenntnis zu gelangen.

Im Grundlagenpapier „Bündnis für Integration“ 2005 wurden bereits dringend neue Strukturen gefordert um die Integrationsarbeit in einem „Bündnis“ zu verankern. Zur Umsetzung wurde eine institutionelle Anbindung der Stadtverordnetenversammlung (Ausschuss), Ausländerbeirat, und Verwaltung an das „Bündnis für Integration“, also die

⁹ http://www.ruesselsheim.de/fileadmin/user_upload/Ruesselsheim/Stadt_Menu/Stadtleben/Soziales/Migration_Integration/Buero_fuer_Integrationsaufgaben/02_PDFs/Sachstandsbericht_Integration_2011-2013.pdf

Bürgerinnen und Bürger (Stadtgesellschaft) vorgeschlagen. Dieses Gremium sollte von der Stadt, der Stadtverordnetenversammlung, dem Ausländerbeirat mit Unterstützung der Verwaltung in die Stadtgesellschaft hinein wirken.

Die Verwaltung, freie Träger und Selbsthilfeorganisationen, die Agentur für Arbeit, Unternehmen und Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine, die Religionsgemeinschaften, die Medien und die politischen Gremien, alle ehrenamtlich tätigen Bürgerinitiativen sowie die Bürgerinnen und Bürger sollten sich zum Bündnis für Integration zusammenschließen. Der Magistrat sollte die Kooperationspartner, die in eigener Verantwortung Integrationsmaßnahmen durchführen, unterstützen und verbinden. Der Magistrat sollte sich hier als Koordinierungsstelle und Impulsgeber verstehen.

Diese Vorschläge wurden von der Politik nicht weiter verfolgt, so blieb und bleibt es beim Thema Integration bei Lippenbekenntnissen.

4 Baustelle Sprache

Vermittlung von Sprachkompetenz: Rückschritte auf allen Ebenen

4.1 Globalisierung und Sprache

Das Thema „Sprache“ ist heute längst nicht mehr so eindeutig zu diskutieren, wie es oft den Anschein hat. Man schalte nur das Radio an und spreche dann noch bei laufender Musik von der Pflege der deutschen Sprache. Man sehe sich in der Informations- und Medienwelt um und versuche mit dem Wortschatz von Goethe und Schiller aus zukommen – es geht nicht.

Bei Opel, einer amerikanischen Firma, wird ganz selbstverständlich ab einer bestimmten Ebene fließendes Englisch vorausgesetzt.

In einem Land, das vom Export lebt, sind Fremdsprachen eine unverzichtbare Selbstverständlichkeit. An immer mehr Hochschulen werden ganz selbstverständlich Lehrveranstaltungen – z. B. in Englisch – durchgeführt. Große Teile der wissenschaftlichen Literatur sind (nur) in Englisch verfügbar.

Jetzt kann man noch über Spanisch reden und hat auch hier einen Teil der Welt im Blick, der deutlich größer ist, als der Teil, der „Deutsch“ bestimmt ist.

Die Tendenz zu Weltsprachen (Chinesisch darf nicht vergessen werden) hat zur Konsequenz, dass die sprachliche Vielfalt auf der Welt rückläufig ist. Immer mehr Sprachen verschwinden. Das mag man bedauern, es fördert aber gleichzeitig den sprachlichen Austausch, die Kommunikation unter immer größeren Gruppen von Menschen.

4.2 Migration und „Einheits“-Sprache

In allen Ländern mit Zuwanderung ergibt sich das Problem nach einer gesamtstaatlichen Verständigung. Es geht um die sogenannte „Amtssprache“. In Staaten wie USA, Australien, Großbritannien oder Kanada ist das relativ einfach, da die „Welt“-Sprache identisch ist mit der nationalen „Amtssprache“. Die EU hat das Problem der Vielsprachigkeit über die Regelung „umgangen“, dass die Sprachen aller Mitglieder „addiert“ werden und die Verständigung letztlich über die Weltsprache(n) oder Dolmetscher gewahrt wird. Eine Weiterentwicklung der EU aber lässt sich so nicht erreichen.

In den einzelnen Nationalstaaten gilt dann allerdings die Forderung nach der „Integration“ in die jeweilige Nationalsprache. Wir kommen so zu der widersprüchlichen Situation, dass „nach innen“ die Einheitssprache, „nach außen“ aber die Weltsprache gefordert wird. Anders formuliert haben wir das Problem, dass die weltsprachliche und damit auch weltkulturelle Vereinheitlichung mit der jeweils individuellen Eigenart vermittelt werden muss.

Deutschland will Export-Weltmeister sein und bleiben, aber gleichzeitig die deutsche Kultur in Abgrenzung zur Welt behaupten. Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir im Kopf das „entweder oder“ in ein „sowohl als auch“ verändern müssen - die eigene Identität bewahren und dennoch offen sein für den Dialog mit der Welt.

Im Alltag nun zeigt sich das Problem, dass einerseits von Zuwanderern „Deutsch sprechen“ gefordert wird - andererseits wird in unseren Schulen zunehmend die Vielsprachigkeit gefördert: Englisch im Kindergarten, bilingualer Unterricht, Englische Lehrveranstaltungen an der Hochschule, usw.

Wie nun kann das funktionieren?

Es ist klar, dass eine Amtssprache unverzichtbar ist. Das heißt, dass das Leben in Deutschland die Kenntnis der deutschen Sprache verlangt. Und das gilt nicht nur für Zuwanderer. **Diese Kompetenz ist für alle überprüfbar nachzuweisen.** Vor Jahren gab es schon einmal den Vorschlag, dass kein Schüler,

keine Schülerin in die 9. Klasse versetzt werden kann, wenn er/sie nicht eine Sprachprüfung erfolgreich bestanden hat. Es gibt dazu bewährte Kriterien und Lernkonzepte (Sprachenportfolio).

Parallel dazu aber sollte es möglich sein, den je individuellen Identitäten einer international ausgerichteten Gesellschaft entsprechend, je spezifische Sprachen bis zu wissenschaftlichem Niveau ausbilden zu können.

Dazu müsste allerdings das Angebot erheblich ausgeweitet und intensiviert werden.

Wenn Menschen aus einem nicht-deutschen Sprach- und Kulturkreis nach Deutschland kommen, dann wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn die Kinder die nicht-deutsche Muttersprache beherrschten oder intensiv lernen könnten. Dies würde eine wichtige Voraussetzung für den Erwerb weiterer Sprachen darstellen. Wer gut Türkisch kann, lernt leichter Deutsch.

Ein Schulabschluss allerdings setzt die ausreichenden Kenntnisse auf einem entsprechenden Niveau in der Amtssprache – hier Deutsch – voraus. Für einen Hauptschulabschluss gelten natürlich andere Anforderungen als für das Abitur.

Wenn nun die Nachfrage nach bestimmten Sprachen – vielleicht nach entsprechenden ethnischen Gruppen in der Bevölkerung – deutlich wird, dann ist es vorstellbar, in den Schulen entsprechende Angebote zu machen. Warum sollte es nicht möglich sein, neben Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Chinesisch auch Türkisch und Arabisch anzubieten – mit einer Abiturprüfung, die auch in Marokko oder der Türkei anerkannt wird. Daraus könnten „Brückenbauer“ erwachsen, die unsere Wirtschaft sehr gut gebrauchen könnte.

4.3 Erlernen der „Amtssprache“

In unserem Konzept aus 2005 haben wir auf die Notwendigkeit eines Gesamtsprachkonzeptes hingewiesen und konkrete Schritte vorgeschlagen.

- Aufbau eines bedarfsgerechten und differenzierten Angebots
- Installierung eines Trägernetzwerks „Sprache“

Ebenso wurde die wichtige Zielgruppe der Frauen angesprochen, die für den Spracherwerb der Kinder eine ganz besondere Bedeutung haben.

Der Magistrat hat von den im Konzept aufgeführten Handlungsfeldern das Thema Sprache als vorrangig benannt und die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Beschlussfassung dies bestätigt. Es sollte eine Bestandsaufnahme nach Träger und Zielgruppe erfolgen und ein bedarfsgerechtes Netzwerk aufgebaut werden.

Aus unserer Sicht ist die Situation heute nicht besser, sondern deutlich schlechter als vor 10 Jahren. **Die Vermittlung von Sprachkompetenz in Rüsselsheim ist einfach eine große Enttäuschung.**

Es gab und gibt in Rüsselsheim immer wieder Modelle und Ansätze zur Sprachförderung, die aber alle darin übereinstimmen, dass sie wenig kontinuierlich sind und – nicht in ihrer Effektivität überprüft werden.

Das hat politisch natürlich große Vorteile, da man immer wieder auf Projekte und Modelle hinweisen kann, die man initiiert habe. Den Beleg für die Effektivität aber bleibt man schuldig.

Es bleiben Hinweise auf enorme deutsche – und auch muttersprachliche – Sprachdefizite aus Kitas und Schulen. Ein gutes Beispiel ist vielleicht der aktuelle Vorgang in Worfelden, bei dem trotz Neueröffnung einer Flüchtlingsunterkunft der langjährige Vertrag mit der Sprach-Lehrerin nicht verlängert wurde, obwohl sie schon bisher ausgelastet war.

Für die Sprachentwicklung ist die häusliche Sprache entscheidend. Wenn man hier einwirken möchte, muss man bei den Eltern, besonders bei den Müttern ansetzen. Nur wenn hier die deutsche Sprache wertgeschätzt wird, hat das Konsequenzen für die nachfolgenden Generationen.

Sprachförderung hat also immer mit Eltern- und Mütterarbeit zu tun.

Auch hier werden symbolische Projekte immer wieder hochgelobt, die aber nur verdecken, dass nichts geschieht.

Welche Kita, welche Schule ist noch in der Lage hier systematisch aktiv zu werden? Aus dem Sachstandsbericht 2011-2013 wird dies besonders deutlich. (Abs. 4.1.3 Sprachförderung im Elementarbereich)

Inklusion wird hochgelobt, doch in der Praxis wird über den Abbau von bedarfsgerechten Angeboten „Exklusion“ betrieben.

Bibliotheken werden immer intensiver „bespart“, Schulbüchereien werden eingeschränkt oder sogar geschlossen. Stattdessen werden „Öffentliche Bücherschränke“ aufgestellt – eine Farce.

Lese- und Schreibwerkstätten müssten an allen Schulen zum Standardprogramm gehören, wenn man Sprachförderung ernst nimmt. Aber das ist in Rüsselsheim nicht zu sehen.

Deutschkurse für Flüchtlinge und sonstige Zuwanderer werden nur in einem eng begrenzten Rahmen angeboten. Es gibt einen genormten Grundkurs und wenn der vorbei ist, bleiben nur noch wenige, meist kostenpflichtige Angebote. Von „bedarfsdeckend“ kann keine Rede sein.

Das wird auch durch Fahrradspenden unter der Überschrift „Willkommenskultur“ nicht ausgeglichen, sondern verschleiert.

4.4 Muttersprachlicher Unterricht

Die gute Idee, die Muttersprache der Zugewanderten zu fördern, ist inzwischen – wenn ich das richtig sehe – zu einem reinen Politikum verkommen.

Wenn das türkische Konsulat einfach mal Personen an die Schulen delegiert, die dort – ohne erkennbare pädagogische Qualifikation, teilweise ohne Deutschkenntnisse, ohne Konzept – (ja was eigentlich?) unterrichten, dann muss doch gefragt werden, was hier eigentlich läuft? Mit Sprachförderung hat es wohl nichts zu tun.

Die Schulleitungen haben diese „**Pseudo-Sprachförderung**“ auf Anweisung des Schulamtes einfach hinzunehmen und entsprechend in den Schulablauf einzuplanen. Vielleicht wäre hier „politische Indoktrination“ die bessere Beschreibung?

In diesem Zusammenhang ist dann auch noch der Arabisch-Unterricht in den Moscheen zu erwähnen. Dort wird außerschulisch für den Koranunterricht eine zusätzliche Sprache gelernt, was leicht dazu führen kann, dass das Erlernen der deutschen Sprache noch weiter nach hinten gestellt, bzw. massiv behindert wird.

Zusammenfassend sagen wir: die Förderung von Sprachkompetenz in Rüsselsheim ist völlig unzureichend.

5 Baustelle Bildung

5.1 Vom Optimum zum Minimum

„Aus dem Gleichwertigkeitsgrundsatz als dem verfassungsstrukturellen Paradigma der Teilhabe an der .. Daseinsvorsorge auf hohem wohlfahrtsstaatlichen Niveau ist die Beschreibung des infrastrukturellen Minimums unserer Gesellschaft geworden. ...

Verfassungsrechtlich wird also mit dem Begriff der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ nur noch das Minimum als die unterste Schwelle des sozialen Zusammenhalts der Bundesrepublik beschrieben.“¹⁰

In den letzten Jahren hat sich ein grundlegender Wandel in der Politik ergeben, der auch höchstrichterlich bestätigt wird: Wir streben, wenn es um Chancengleichheit geht, nicht mehr nach dem qualitativ Höheren, sondern passen uns an das Minimum an.

Noch vor 10 Jahren gingen wir davon aus, dass die Kitaversorgung ganz dem Ziel der optimalen Förderung der Kinder verpflichtet sei, dass Kinder beispielsweise mit besonderem Förderbedarf auch eine besondere Förderung erhalten sollten.

Gilt das nicht auch bei uns?¹¹



10 J.Cersten u.a.: Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates. bpb Bonn 2012, 59f

11 www.kindernothilfe.de/multimedia/kcrop/663/663148_724x938_724x938_0x0-width-724-height-938.jpg 14.08.2015

Die Orientierung an Kosten und Quantitäten hat auch in Rüsselsheim die Frage nach den Qualitäten völlig in den Hintergrund gedrängt. Auch bei der Bildung ist die Frage nach dem Minimum entscheidend, nicht mehr die nach der bestmöglichen Förderung. Damit ist das Ziel von Bildung immer weniger inhaltlich bestimmt, was sich auch an konkreten Details für Rüsselsheim festmachen lässt.

5.2 Unser Bildungssystem

Man kann sich der Deutung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung durchaus anschließen, „dass das deutsche Bildungssystem bislang nicht „integrationstauglich“ ist.

Auf Grund des hohen Anteils benachteiligter Gruppen im Bildungsbereich, .. der überdies noch zunehmen wird, kann man aus den o.a. Ergebnissen auch für Rüsselsheim unbesehen die These wagen:

„Das Gesamtbildungsniveau der Rüsselsheimer Bevölkerung wird zukünftig weiter sinken.“

Was wir vor 10 Jahren schrieben, ist heute aktueller denn je. Man kann von von einer massiven „Beschleunigung der Verschlechterung“ sprechen. Statt von Integration sollte man von einer zunehmenden Desintegration oder von einer sich verstärkenden Spaltung der Gesellschaft gerade im Bildungsbereich sprechen.

Es fällt auf, dass auch im Bildungsbereich versucht wird, diese Entwicklung zu verschleiern. 2005 hoffte man auf „Schule gemeinsam verbessern“ - dieses Projekt ist wohl tot. Heute redet, ja schwärmt man von Inklusion, doch der Offene Brief der Rüsselsheimer GrundschullehrerInnen zeigt deutlich, was hier passiert: eine Verschlechterung der Bildungschancen besonders der ohnehin schon benachteiligten Kinder.

„Wir sollen mit geringsten Mitteln Höchstleistung bringen“, sind sich die Pädagogen einig, aber das funktioniert einfach nicht. Kleinere Klassen, mehr Förderlehrer, mehr Lehrerstellen, das wären Lösungsansätze für die Lehrer. Sie hoffen nun, dass sie beim Kultusministerium erhört werden.“¹²

5.3 „U 3“

Der Bedarf von Kindern und Eltern - oder: Was darf es kosten?

Der Ausbau der U-3-Einrichtungen geht (nicht nur) in Rüsselsheim einher mit unzureichender Personaldecke und verdeckten Zugangsschwernissen.

Wer beispielsweise unter Hartz-IV-Bedingungen einen Platz braucht, muss sich um die Finanzierung keine Gedanken machen - hier zahlt das Jugendamt.

Wer arbeiten geht und dazu Betreuung benötigt, ist bei zwei Krippenkindern mit ca. € 700 dabei. Wie viel muss er/sie verdienen, damit sich das Arbeiten lohnt?

Nicht nur in Rüsselsheim wird auch schon von einer Erhöhung der Elternbeiträge gesprochen. Dass sie in Rüsselsheim kommen wird, steht schon im Schutzschirmvertrag und es ist nur noch die Frage: ab wann?

Die Finanzen sind das Thema, nicht die Zukunftsfähigkeit unserer Kinder, unserer Gesellschaft - ein familienpolitischer Offenbarungseid.

Zusätzliche Probleme ergeben sich, durch die Arbeitssystematik städtischer Einrichtungen:

- Es geht los mit 3 Wochen Sommerpause.
- Dann kommen Planungs- Konferenz- und Weiterbildungstage hinzu, an denen die Einrichtungen geschlossen bleiben.
- An den Brückentagen, vor und nach Ferien werden dann auch schon einmal die Eltern angefragt, ob sie wirklich eine Betreuung brauchen. 'Man könnte doch dem Personal entgegenkommen'.

¹² Main-Spitze, 25.04.2015

- „Natürlich“ gebe es eine „Notbetreuung“ - doch Plätze dort bekommt nur, wer umfangreiche Begründungen vorweist.
- Für eine Notbetreuung in der Sommerschließung braucht es eine Bescheinigung des Arbeitgebers, dass Urlaub in dieser Zeit betrieblich nicht möglich ist.

5.4 Einsparung durch Abschreckung

Abgesehen davon, dass eine Notbetreuung in einer für das Kind völlig neuen Einrichtung, mit völlig neuen Bezugspersonen ziemlich Stress bedeutet, gibt es viel zu wenig „Notplätze“. Es wird einfach die Anzahl der Plätze festgelegt und dann wird nur diese Anzahl belegt. Vom Bedarf der Kinder auszugehen - Fehlanzeige. Wenn Eltern sich auf diese Plätze „bewerben“ (müssen), dann geht es ihnen wirklich schlecht.

Durch diese Tendenzen versuchen die Eltern auf freie Träger auszuweichen, was durchaus im Interesse der Kommune(n) sein dürfte: die kommunalen Einrichtungen sind für die Stadt deutlich teurer als die privaten Träger. Für diese freien Träger kann die Kommune aber einfach Bedingungen stellen, Zuschüsse „variieren“, ohne selbst eingebunden zu sein.

Das hat man ja auch schon mit der offenen Jugendarbeit hervorragend hinbekommen, indem man die städtische Jugendarbeit bis auf einige Alibi-Projekte privatisiert („Auszeit“) und sehr schnell die Zuschüsse um 15% gekürzt hat. Ein Büro kann Auszeit nur über Spenden finanzieren.

5.5 Kita: Minimum = Optimum

Bei den Kitas (3-6 J) ist die Situation ganz ähnlich. Vor 10 Jahren war es noch so, dass eine qualitative Verbesserung als Ziel galt genauso wie den Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Inzwischen ist die Rückführung auf den gesetzlichen Mindeststandard, die Betreuung von 8h bis 12h, Vorgabe. Schon das Mittagessen, das zusätzlich zu zahlen ist - von Qualität reden wir da noch gar nicht - ist eine Hemmschwelle, sein Kind in die Einrichtung zu schicken.

Nachmittagsangebote können nur auf Grund besonderer Bedingungen (z.B. berufstätige Eltern) belegt werden, natürlich auch wieder mit Zusatzkosten. Was oben bereits über Schließung der Einrichtung, Notbetreuung und die Tendenz zu freien Trägern gesagt wurde, gilt natürlich auch für die Kitas.

Um „möglichst effektiv zu arbeiten“ werden Anmeldungen zentral bearbeitet und Plätze u.U. unabhängig vom Wohngebiet zugeteilt. Transportprobleme? Lebensumfeld? Freundschaften? - das ist einzig das Problem der Eltern!

5.6 Schuldenideologie

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen der Landesregierung in diesem Zusammenhang: Wenn die Kommune im Elementarbereich über das gesetzliche Mindestangebot hinausgehen möchte - Platzangebot, Personalstärke, Gruppengröße, etc - dann darf sie das tun, muss aber die „Zusatz“- Kosten in anderen Bereichen einsparen (Schutzschirmvertrag).

Mit der Begründung, dass wir doch an die kommenden Generationen denken müssten und massiv die Schulden reduzieren müssten, werden die Chancen der aktuellen Nachwuchsgeneration geopfert.

5.7 Benachteiligung nimmt zu

Sind wir noch beim Thema „Integration“? - Und wie!!

Kinder von zugewanderten Familien, von Flüchtlingen und anderen Gruppen in prekärer Situation betreffen diese systematischen Verschlechterungen doppelt! Es findet geradezu eine zunehmende Segregation statt: die kommunalen Einrichtungen entwickeln sich zu „Rest-Einrichtungen“, in denen sich die einfinden, die in anderen Einrichtungen nicht mehr unterkommen!

Wenn in Zuwandererfamilien ein Elternteil nicht arbeitet, sind die Zugänge zu erweiterten Angeboten schon versperrt! -

Desintegration

5.8 Keine Evaluation

Der Bedarf konkreter Kinder wird dem Thema Finanzen völlig untergeordnet.

Es ist von daher auch kein Zufall, dass eine Evaluation der Arbeit im Elementarbereich praktisch nicht mehr stattfindet!

5.9 Schulen

„Wirtschaftlicher Personaleinsatz“

Die verdeckten ministeriellen Vorgaben an die Kommunen werden im schulischen Bereich, also in direkter Verantwortung des Landes, konsequent weitergeführt. Auch hier steht „die Wirtschaftlichkeit“ - genauer die Sparpolitik im Vordergrund.

Ein Papier aus Schleswig-Holstein¹³ ist da (als Beispiel) überdeutlich! Die optimale Gruppengröße ist die, die die wenigsten Lehrer benötigt.

Einspareffekte durch weniger Kinder werden nicht dazu genutzt, die größer werdenden Probleme bei den Kindern anzugehen, sondern wandern in die Schuldentilgung - zum Nachteil der Kinder, zum doppelten Nachteil der Kinder mit erschwerten Ausgangsbedingungen.

13 <http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/schulbericht2009.pdf>

5.10 Betreuung

„Wer Betreuung braucht, erhält sie!“ - sagt die Stadt.

Die ehemalige „Hausaufgabenbetreuung“ entstand aus dem Bedarf von Kindern – zum Beispiel von Kindern aus Familien, die noch Probleme damit hatten, dem normalen Unterricht zu folgen. Hinzu kamen Bestrebungen, Ganztagsangebote zu entwickeln – ohne das Schulsystem zu ändern. Aus diesen Wurzeln entwickelte sich dann die „Betreuungsschule“.

Die jetzt als große soziale Errungenschaft verkaufte Betreuungsschule wird zunehmend zu einem Alibi-Projekt. Auch hier ist bereits die Anmeldung mit Selektion verbunden.

- Wenn die vorhandenen Plätze belegt sind, wird einfach keine Anmeldung mehr angenommen.
- Anmeldungen werden nur übers Internet angenommen – wer damit nicht umgehen kann ...
- Die Anmeldefristen werden auf den November des Vorjahres gelegt, in dem man einen Platz braucht – sonst Warteliste.
- Wenn nicht beide Eltern als berufstätig nachgewiesen werden, gibt es keinen Platz.

Ursprünglich war es eine Hausaufgabenhilfe, die benachteiligten Kindern und ihren Familien zur Erhöhung der Bildungschancen dienen sollte. Häufig aber wird in der Betreuung das Thema Hausaufgaben ausgeklammert, bzw. verweigert.

5.11 Betreuungsschule

Betreuung in der Rüsselsheimer Version ist eine von der Schule völlig „unabhängige“, oft genug sogar eine gegen die Schule arbeitende Einrichtung. Die Betreuung lässt sich ihr Programm nicht von Veranstaltungen der Schule „beeinträchtigen“.

- So gibt es ein Mittagessen der Schule neben einem Mittagessen der Betreuung („die Kinder mit dem roten

Punkt und die Kinder mit dem blauen Punkt“ - wie es frustriert in den Schulen kolportiert wird).

- Es gibt die AGs der Schule („Pädagogisches Mittagsangebot“) und die AGs der Betreuung. Eine Koordination ist Glücksache.
- Die Betreuung konkurriert mit der Schule um Räume und „verteidigt“ diese häufig „gegen“ die Schule.
- Wenn die Schulleitungen Ansprüche an die Betreuung stellen, geht das nur über die Stadtverwaltung ...

Aber die Stadt baut doch dauernd neue Einrichtungen und erweitert bestehende!? - Was aber ist mit den Inhalten!?

5.12 Horte

Stichwort „Hort“: Eine Hort-Einrichtung unterliegt relativ hohen Qualitätsanforderungen. Es verwundert daher nicht, wenn Horte geschlossen werden und Betreuungseinrichtungen erweitert werden – dort gelten deutlich niedrigere Standards. Es wird also gespart auf Kosten der Kinder.

5.13 Qualitätsminderung im Kleingedruckten

Genau betrachtet wird auch bei Neu- und Umbauten das Anforderungsprofil deutlich verändert. So werden Klassenräume vielfach kleiner gestaltet – „höhere Effektivität“.

Die Gruppen-/Klassengrößen werden allerdings nicht gesenkt. Nach den Auswirkungen auf den Unterricht wird auch nicht gefragt.

Ein aktuelles Beispiel:

Hasengrundschule - Sechs neue Klassenzimmer

Für 215 000 Euro wird die Grundschule Hasengrund umgebaut, damit die Kinder ganztags betreut werden können. Doch noch klaffen Lücken in den Decken.

So ist Schulerweiterung erschwinglich: Man nehme eine Klasse und teile sie mit dem Einzug von Trockenwänden. Auf diese Weise werden zurzeit in der Grundschule Hasengrund aus bisher sechs Räumen zwölf.

Das geht nicht überall. Aber es geht in der 1974 gebauten Hasengrundschule. Möglich machen es Klassenräume, die 150 Quadratmeter und mehr groß sind. Während der laufenden Bauarbeiten zur Einrichtung eines Ganztagsangebots und der Behebung sicherheitstechnischer Mängel (Brandschutz) werden mit dem Einzug von Trockenwänden ohne großen Aufwand sechs zusätzliche Klassenzimmer gewonnen, die für den künftigen raumintensiveren Ganztagsbetrieb benötigt werden.

....¹⁴

5.14 „Schönrederei“

Bei alledem wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit „schön geredet“.

Inhaltliche und sachliche Kürzungen werden als „überfällige Reformen“ und Verbesserungen verkauft.

Da aber gleichzeitig die Information, die Transparenz, die Wirksamkeitskontrolle deutlich reduziert und hinter sich häufig wechselnden Strukturen versteckt wird, ist eine Auseinandersetzung fast unmöglich.

5.15 Die Landesregierung agiert

Man muss den Kommunen zugute halten, dass hinter den geschilderten Tendenzen das Land Hessen – was wohl auch bei anderen Ländern Fakt ist – energisch die Fäden zieht. Gerade

14 Rüsselsheimer Echo, 12.08.2015

bei Schuttschirmkommunen wird die finanzielle Autonomie ad absurdum geführt, sie existiert nicht mehr.
Man schaue sich nur die Details der Schuttschirmvereinbarung an.

Dementsprechend müssen die Politiker vor Ort die Suppe auslöffeln, die die Politik des Landes ihnen „einbrockt“. Ein Ergebnis dieser Politik sind die deutlich zurückgehenden Beteiligungen bei Wahlen, die Politikverdrossenheit.

5.16 Sparen

Rüsselsheim ist nach Aussagen seiner Repräsentanten nicht mehr in der Lage, seine Verschuldung aus eigener Kraft zu bewältigen. Gleichzeitig wird so getan, als wäre es möglich, man müsse nur richtig sparen.

Wenn aber nichts mehr auf dem Teller ist ...

Was das für die schon benachteiligten Kinder und ihre Familien bedeutet, ist schon mehrfach angesprochen worden: statt Integration wird die soziale Diskriminierung gefördert!
Hier noch von „Integrationspolitik“ zu reden nennen wir „scheinheilig“!

Ergänzung zu 5.16 „Sparen“

1. Verpflichtung zum Haushaltsausgleich

Schüllermann Consulting erstellte für die Stadt eine Übersicht darüber, wie ein Haushaltsausgleich ermöglicht werden könnte – im Zusammenhang mit dem Beitritt der Stadt Rüsselsheim zum Schutzschirm¹⁵.

Dabei wird unterstellt, dass der Haushaltsausgleich möglich sei – zumindest längerfristig. (Schüllermann. 10)

Es sollen dabei die Gründe für den Nicht-Ausgleich gefunden werden, wozu auch strukturelle Probleme gehören, die „ohne Maßnahmen der Gemeinde nicht vorübergehen oder korrigiert werden können“ (Sch 11)
Hierbei werden 'äußere Faktoren', wie etwa Regelungen von Land und Bund, unterschlagen.

Auf S. 32 werden die Ursachen für eine Verschlechterung der Haushaltslage zwischen 2009 und 2013 in Rüsselsheim angesprochen:

- *Umsetzung des Anspruchs auf einen Betreuungsplatz und*
- *Verordnung zu den Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen*
- *Höhere Abschreibungen aufgrund des neuen Rechnungswesens*
- *höhere gesetzliche Umlageverpflichtungen*
- *Schwankungen der Gewerbesteuer*

Diese nicht von der Kommune zu verantwortenden Bedingungen werden in den Ausführungen zur Haushaltssicherung völlig übergangen.

Es geht sogar noch weiter:

Das Land ermöglicht es ausdrücklich, etwa im Kita-Bereich konkret politische Vorgaben bei der Gebührengestaltung anzuwenden – besteht aber dann darauf, dass diese Kosten an anderer Stelle auszugleichen seien. (Sch 96f)

Das Ergebnis der Untersuchung von Schüllermann ist im Ergebnis eindeutig:

¹⁵ http://www.ruesselsheim.de/fileadmin/user_upload/Ruesselsheim/Presseinfo_Daten/02_pdf/131022_rus_Bericht_Konsolidierungsmoeglichkeiten_mit_Lesezeichen.pdf

*„Ein jeweils ausgeglichener Haushalt für die Jahre der mittelfristigen Finanzplanung ist unseres Erachtens **allein durch lokalpolitische Maßnahmen nicht erreichbar.**“ (44)*

„Verteilt auf die neun zur Disposition stehenden Haushaltsjahre 2014 bis einschließlich 2022 bedeutet dies, dass ein jährlicher Überschuss von annähernd EUR 31,3 Mio erzielt werden muss.“ (44) – Dies „ist als illusorisch zu bezeichnen“(44)

Es wird exakt aufgeführt, dass selbst beim Verzicht auf alle freiwilligen Leistungen – wobei hier noch diskutieren wäre, ob die Aufzählung haltbar ist - „das Ergebnis des Haushaltsjahres 2013 nicht ausgeglichen werden“(S 40) könnte.

Es wird auch betont, dass in Zukunft noch Verschlechterungen der Situation drohen, die von der Stadt nicht zu beeinflussen sind (Sch 41f):

- *Erhöhung der Lohnkosten*
- *Inflation*
- *Schwankungen bei der Gewerbesteuer*
- *Erhöhung der Zinsen*
- *Sanierungs- und Instandhaltungsstau*

„Diese Annahmen könnten dazu führen, dass das geplante Defizit für das Haushaltsjahr 2013 von EUR 36,4 Mio auf über EUR 57,3 Mio im Jahr 2022 ansteigt.“ (Sch 42)

2. Stellungnahme des Bürgermeisters:

Bürgermeister Grieser stellt dann auch fest¹⁶ :

schiedenen. Freilich sei jetzt schon absehbar, dass Rüsselsheim einen ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft nicht erreichen werde.

¹⁶ Rüsselsheimer Echo vom 16.11.13

5.17 „Bücher“ und „Büchereien“

Es ist schon bemerkenswert, dass einerseits der öffentliche Raum mit „Bücherschränken“ möbliert wird, den die Bevölkerung füllen darf – andererseits aber die öffentliche Bücherei und die Schulbüchereien unter Sparvorgabe leiden und um ihren Fortbestand fürchten müssen. Ein Interesse an Bildung kann man hier nicht erkennen!

5.18 Schulentwicklung

Funktionierende Schulen sollen geschlossen, unausgegrenzte neue Schulsysteme sollen neu gebaut werden.

Wenn man sich die Stellungnahmen der Fachleute zum neuen Rüsselsheimer Schulentwicklungsplan¹⁷ anschaut, finden sich dort durchweg ablehnende Positionen.

Bemerkenswert, dass hier keine Abstimmungen vorliegen und diese kritischen Positionen in der öffentlichen Diskussion völlig unter den Tisch fallen: „Basta-Politik“.

5.19 „Freie Schulwahl“

Es gehört zum „ewigen Ärgernis“, dass die Politik einerseits immer und immer wieder das Recht der Eltern auf freie Schulwahl betont, aber verschweigt, dass ab 3 Monaten nach der Schulwahl (Gymnasium) bis in die Hauptschule zwangsweise querversetzt werden kann.

Die Leiter der örtlichen Gymnasien betonen dann auch ausdrücklich, dass zwischen 25% und 30% der in die 5. Klasse aufgenommenen SchülerInnen letztlich „ungeeignet“ seien und die Schule letztlich wieder verlassen müssten.

Gymnasiale Schulleiter formulieren in ihren Stellungnahmen zum aktuellen Schulentwicklungsplan (Zitate):

¹⁷ nicht veröffentlicht; liegt uns vor

- *„Die Zahl der nicht für das Gymnasium empfohlenen und auch nicht dafür geeigneten Schülerinnen und Schüler an den gymnasialen Standorten steigt stetig an. Schon unter G8-Bedingungen haben wir etwa ein Drittel nicht empfohlener Kinder an den Gymnasien aufgenommen und der Trend wird durch die Rückkehr zu G9 eher verstärkt. ... Ein attraktives Bildungsangebot im Bereich Haupt- und Realschulen .. wäre sinnvoller.“*
- *„Aus der Praxis weiß ich, dass Kinder trotz anderweitiger Empfehlung zunächst an einem Gymnasium angemeldet werden (derzeit sind das .. etwas mehr als ein Viertel nicht gymnasial empfohlen), später dann aber aufgrund von Minderleistungen querversetzt werden müssen.“¹⁸*

Wohin dann mit diesen Kindern? Die Konsequenzen für Eltern, die dann verzweifelt nach aufnehmenden Schulen suchen, werden nicht berücksichtigt. Die Konsequenzen für die Kinder mit entsprechenden Erfahrungen des Scheiterns und Versagens sind „nicht der Rede wert“!

In einem früheren Schulentwicklungsplan standen Zahlen zu diesen Kindern (Krämer-Mandea):
Wenn man die SchülerInnen der Eingangsklasse (Klasse 5) beispielsweise in der Ebertschule, mit 100 ansetzt, steigt diese Zahl bis zur 10. Klasse auf 150.

Das aber bedeutet, dass in den aufnehmenden Schule eine halbwegs geregelte Klassenentwicklung nicht mehr möglich ist: spätestens zu jedem Halbjahr verändert sich die Zusammensetzung durch „gescheiterte Gymnasiasten“ - mit allen negativen Konsequenzen!

Auf die äußerst problematische Einteilung in „geeignet“ und „nicht geeignet“, die maßgeblich von sozialer Herkunft bestimmt wird, sei hingewiesen.

18 (s. Fußnote 17)

5.20 Elternverantwortung

Es ist leicht, die Verantwortung für diese Vorgänge den Eltern in die Schuhe zu schieben und so das Systemproblem zu verbergen.

Das dreigliedrige Schulsystem ist längst ein Thema für den Müll.

Wenn es Eltern in irgendeiner Weise möglich ist – über Privatschulen zum Beispiel – dieses öffentliche Desaster für ihre Kinder abzumildern, werden sie dies aus Verantwortung ihren Kindern gegenüber tun!

„Integrative Schulen“ haben nichts mit der verleumderischen Rede von „Einheitsschule“ zu tun!

„Die Einheitsschule ist mit uns nicht zu machen“, sagte der Ministerpräsident.¹⁹

5.21 Elternarbeit

Bildungsarbeit kann nur funktionieren, wenn die Familien, wenn die Eltern mit berücksichtigt werden. Elternarbeit aber kann nur funktionieren, wenn eine Kooperation gewollt und ressourcenmäßig möglich ist. Gerade im Bereich von Zugewanderten ist diese Arbeit unverzichtbar. Wo aber in Rüsselsheim findet diese Arbeit statt?

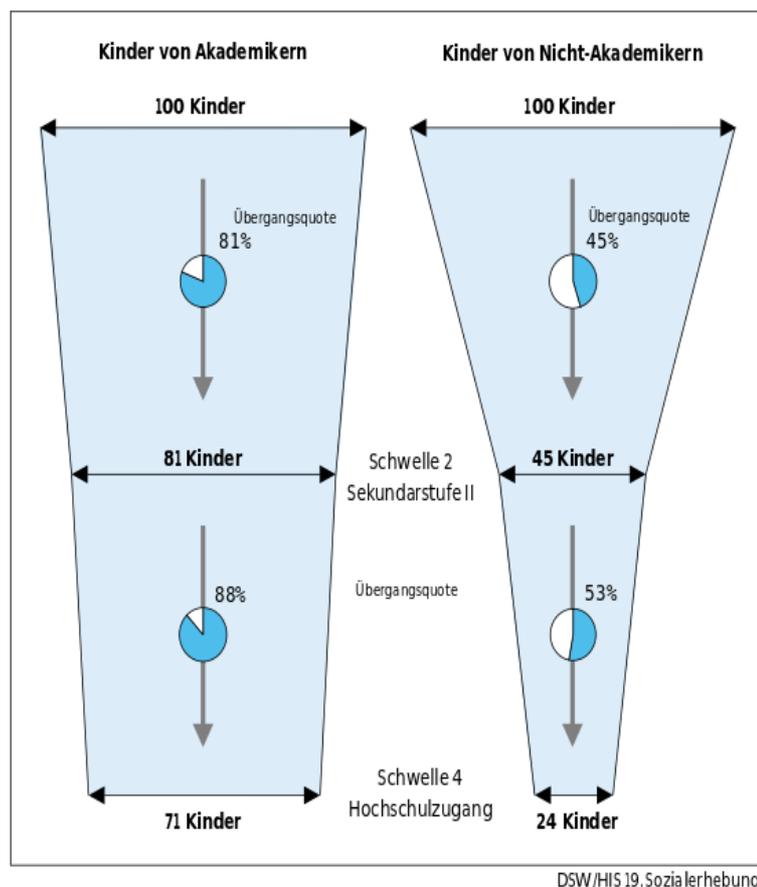
5.22 Soziale Desintegration

Wenn in den (örtlichen) Gymnasien von 100 SchülerInnen nur 60% bis 70% das Abitur erreichen (s. die Zahlen aus dem schon erwähnten vorletzten Schulentwicklungsplan), dann ist das die Konkretion der These von der „sozialen Segregation“.

¹⁹ Hessenschau, 23.5.15 (<http://hessenschau.de/politik/bouffier-will-hauptschulabschluss-erhalten,-hauptschulabschluss-muss-bleiben-102.html>)

Diese These besagt, dass der soziale Stand der Eltern das entscheidende Kriterium für den Schulerfolg ist. Kinder aus unteren Schichten, Kinder mit familiären und/ oder anderen Schwierigkeiten haben in diesem System kaum Erfolgchancen. Das zeigt diese Abbildung sehr deutlich²⁰:

Bild 3.17 Bildungstrichter 2007: Schematische Darstellung sozialer Selektion - Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters in %



Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2003 und 2007; HIS-Studienanfängerbefragung 2007/2008, eigene Berechnungen

Ein durch und durch ideologisches Leistungsdenken in unserer Gesellschaft überlagert den Bildungsgedanken der Chancengleichheit. Die Benachteiligung von Zuwandererkindern wird durch diese Selektion verstärkt.

20 http://www.sozialerhebung.de/download/19/Soz19_05_Kap03.pdf 22.08.15

Das sozial bedingte schulische Scheitern ist ein hervorragender Nährboden für extremistische Bewegungen!

Man könnte es wissen, die Fakten sind klar – man will es aber nicht sehen – man nennt das „selektive Wahrnehmung“. Man müsste ja sonst etwas tun!

Und so wird dann in Rüsselsheim lieber über die Einführung einer weiteren gymnasialen Einrichtung diskutiert – ohne sich um die Konsequenzen zu kümmern.

5.23 Ergebnis

Man kann nur wiederholen, was wir schon vor 10 Jahren formulierten und eingangs schon zitiert haben:

Man kann sich der Deutung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung durchaus anschließen, „dass das deutsche Bildungssystem bislang nicht „integrationstauglich“ ist.

Und:

„Das Gesamtbildungsniveau der Rüsselsheimer Bevölkerung wird zukünftig weiter sinken.“

Ergänzung Bildung 1

- **Der Umgang mit Schule -
„Ach wenn doch alle gleich wären ...!“
Migrantenkinder in der Schule**

In der **Studie „Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland“**, Lebenswelten – Denkmuster – Herausforderungen²¹, befassen sich Prof. Dr. Ahmet Toprak (Erziehungswissenschaftler) und Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani (Erziehungs- und Sozialwissenschaftler) mit dem Verhalten von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien im deutschen Bildungssystem. Die Studie wurde im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2011 in Berlin veröffentlicht.

Etwa ein Drittel der in Deutschland lebenden Migrantenkinder hat Probleme in der Schule. Eine der Ursachen für den schulischen Misserfolg wird in den folgenden Ausschnitten (unvollständig) skizziert.

Während deutsche Eltern in der Regel wüssten, dass die Grundlagen für schulischen Erfolg zu Hause gelegt werden, finde in türkisch- und arabischstämmigen Familien keine auf die Anforderungen der Schule ausgerichtete „Vorerziehung“ statt. Der Entwicklung der sprachlichen, motorischen kognitiven Fähigkeiten ihrer Kinder zur Vorbereitung auf die Schule schenken sie wenig Aufmerksamkeit. In einer hilflosen Autoritätsgläubigkeit verließen sie sich darauf, dass die Schule ihren Kindern schon beibringen werde, was sie wissen müssten. Sie kennen sich mit dem Schul- und Ausbildungssystem kaum aus, wie die Autoren schreiben, überschätzen die Funktion der Schule und geben ihre eigene pädagogische Verantwortung für den Lernerfolg komplett ab. Denn das sei das, was sie aus den Herkunftsländern kennen: „Dort ist es allein Sache der Lehrer, was Schüler lernen. Eltern würden sich niemals in die schulische Erziehung einmischen“, sagt Prof. Dr. El-Mafaalani, der Bildungsforscher und auch selbst Lehrer ist. „Umgekehrt würde sich ein Lehrer in der Türkei oder einem arabischen Land bei Schwierigkeiten mit einem Schüler niemals an dessen Eltern

21 http://www.kas.de/wf/doc/kas_28612-544-1-30.pdf?111201141739

wenden“, sagt Dr. Toprak, der Professor für Erziehungswissenschaften an der Fachhochschule Dortmund ist. „Wenn das in Deutschland passiert, halten die Eltern den Lehrer für inkompetent. Dass er sie zur Mithilfe auffordert, legen sie als Zeichen der Schwäche aus“. Umgekehrt deuten deutsche Lehrer die Nichteinmischung der Eltern als Desinteresse. Um Abhilfe für die wechselseitigen Missverständnisse zu schaffen, schlagen die Autoren eine auf diese Umstände ausgerichtete Elternarbeit vor.

Ferner wird in der Studie auf die Bedeutung der Schule aus Sicht der Kinder und Jugendlichen exemplarisch hingewiesen:

Murat, ein heute 21-jähriger Berufsschüler, der in seiner frühen Jugendphase häufig auffällig geworden war, erzählt im folgenden Interviewauszug rückblickend über seine Orientierungsprobleme:

„Meine Familie lebte in ihrer eigenen Welt. Wenn man zu Hause nicht gemacht hat, was mein Vater gesagt hat, gab's richtig Ärger. Wir lebten wie in der Türkei. (...) Da wurde viel gebrüllt, da gab's immer Action. Aber da war ich eigentlich immer nur zum Essen und Schlafen. Sonst war ich in der Schule oder mit meinen Jungs unterwegs. (...) Mein Vater hat immer gefragt, ob alles in der Schule gut läuft, ich habe gesagt: Klar, läuft alles. Das war's. Meine Eltern fanden Schule wichtig, aber die hatten überhaupt keine Ahnung, was da los war. (...) Wenn ich Scheiße gebaut habe und mein Vater in die Schule kommen musste, musste ich übersetzen. Da habe ich immer irgendwas erzählt, auf jeden Fall hatte das nix mit dem zu tun, was die Lehrerin gesagt hat. (...) In der Schule war das immer so komisch, ich wusste gar nicht, was die von mir wollten. Das hat für mich kein Sinn gemacht. (...) Wir haben eigentlich nie das gemacht, was wir sollten. Die Lehrer wussten auch nicht, was die mit uns machen sollten. Das war so, für uns war das so, wir sind da einfach so hingegangen, zu den Deutschen, und nach der Schule waren wir in unserer Straße und haben nur Scheiße gemacht. Das war eine Pflichtveranstaltung, sonst nichts. (...) Und später, so mit 15 oder 16, waren wir ne richtige Gang.

Wenn einer Probleme hatte, haben alle mitgemacht. Da hat man sich richtig stark gefühlt, keiner konnte einem was. Das war für uns das echte Leben. (...) Aber wir hatten zu oft Stress mit der Polizei, haben Leute abgezogen und so (...)."

Gülciën ist Murats 19-jährige jüngere Schwester. Die Abiturientin – die ein Jurastudium aufnehmen wird – gibt Schule und Bildung eine ganz andere Bedeutung:

„Zu Hause war's voll anstrengend. Da musste ich meiner Mutter mit allem helfen. Die Schule war ganz anders. Ich fand, die Schule wardas Beste. Am Anfang auf der Realschule war das komisch. Die Lehrer haben ein voll ernst genommen, man musste voll viel machen und selbstständig auch. Ich hab alles gemacht, was der Lehrer gesagt hat. Und da hat man immer Lob bekommen. Das war ungewohnt. Zu Hause war es immer so, man war froh, wenn man nicht auffällt. Dann hat man alles richtig gemacht. Aber da sagt niemand ‚gut gemacht‘. Entweder man macht alles gut und das ist dann selbstverständlich oder man fällt auf und das bedeutet dann immer Ärger. Meine Eltern haben sich immer nur für meine Brüder interessiert. Die hatten oft Probleme, dann musste ich meinem kleinen Bruder für die Schule helfen. (...) Als ich als Jahrgangsstufenbeste von der Realschule aufs Gymnasium wechselte, haben die Verwandten und Bekannten das erste Mal gelobt. Aber das war auch typisch. Die haben nicht gesagt, super, dass du die Beste bist. Alle haben darüber gesprochen, dass ich ein Vorbild bin, weil ich gut bin und Kopftuch trage. Das Wichtige war Kopftuch. (...) Auf Gymnasium habe ich das Kopftuch weggelegt. Das gab keinen großen Ärger, aber ein Vorbild war ich nicht mehr. Verrückt, oder?“

Aus beiden Erzählungen wird einiges deutlich, was die strukturellen Widersprüche zwischen den Lebenswelten Schule und Familie sichtbar werden lässt:

Murat und Gülciën berichten über starke Differenzenerfahrungen. „Zu Hause“ funktioniert das Leben deutlich anders als in der Schule. Das häusliche Umfeld ist durch Autorität gekennzeichnet, die sich je nach

Geschlecht anders ausdrückt. Während Murat kaum zu Hause war, viele Freiräume hatte und die Schule als Pflichtveranstaltung bei „den Deutschen“ bezeichnet, bietet die Schule für Gülciyen einen gewissen Freiraum, wohingegen die Lebenswelt Familie durch Pflichten gekennzeichnet wird. **Der primäre Bezugspunkt, also der Ort für Anerkennung, ist für den Jungen die Jugendgang und für das Mädchen die Schule. Hier erkennt man bereits, dass man von diesen beiden Geschwistern ganz unterschiedliche Motivationen erwarten kann. Und es zeigt sich daran, dass Mädchen sehr viel bessere schulische Erfolge gegenüber Jungen vorzuweisen haben.**

6 Wie soll es weitergehen? Religion und Religionsunterricht

6.1 Religionen

So wie es „Das Christentum“ nicht gibt, so wenig gibt es „Den Islam“, „das Judentum“ oder „Den Buddhismus“. Es gibt in der Lebenswirklichkeit immer nur konkrete Ausformungen einer Grundauffassung, die sich – obwohl unter der Überschrift einer Religion – massiv widersprechen können.

Unter der Überschrift „Christentum“ finden sich über 300 offizielle Konfessionen, Denominationen und Gruppierungen.

Daneben sind dann noch unzählige Gruppen und Gruppierungen zu nennen, die sich selbst „Christen“ nennen, dies jedoch **exklusiv** verstehen und alle anderen Gruppen ablehnen. Man kann nun auch bei den Christen u.a. „Fundamentalisten“ und „Liberale“ unterscheiden.

Nun meinen andere Gruppen, sie könnten der Problematik entkommen, indem sie sich als „Atheisten“ oder „areligiös“ bezeichnen. Das jedoch ist ein Irrtum. Es ist ganz offensichtlich, dass auch diese Gruppen in ihren Reihen „Fundamentalisten“ und „Liberale“ haben.

Es fällt uns schon immer schwer, mit Menschen umzugehen, die eine andere Überzeugung als wir selbst leben. „Es kann doch nur **eine** Wahrheit geben. Und da meine Wahrheit „richtig“ ist, muss die andere „falsch“ sein.“

Das Zusammenleben unterschiedlicher religiöser Gruppierungen wird daher zumeist als „Duldung“ von Minderheiten durch Mehrheiten, von unterprivilegierten durch dominierende Gruppen verstanden. Oft ist dann auch „Mission“ ein Element des Zusammenlebens, in dem sich der Versuch verbirgt, die eigene Wahrheit zur einzigen und universalen Wahrheit zu machen, sie allen Menschen vorzuschreiben. Diese Einstellung ist auch mit dem Begriff „Assimilation“ bezeichnet, dem Aufgehen der eigenen Auffassung in der Auffassung des (mächtigeren) Anderen.

6.2 Pluralismus

Da es Religion immer nur in einer konkret geschichtlichen kulturellen Ausprägung gibt – und geben kann – werden unter dem Deckmantel des Religiösen sehr oft auch kulturelle Auseinandersetzungen geführt. Das gilt beispielsweise für die Gestaltung des Familienlebens, Initiationsriten, Partnerfindung, Kindererziehung, usw.

Die eigene Überzeugung wird religiös überformt und absolut gesetzt. Und damit entsteht wieder der Assimilationsdruck auf andere Verhaltensweisen.

Nun gehörte es zu den Ergebnissen der Aufklärung, dass es möglich ist, die eigene Auffassung zur absoluten und einzigen Grundlage des eigenen Lebens zu machen ohne deshalb auch die divergierenden Positionen meiner Mitmenschen abwerten zu müssen.

Es bedarf daher zunächst eines reflektierten Selbstbewusstseins mit einer klaren Grundorientierung, um dann mit anderen Positionen umgehen zu können. Eine unsichere und unreflektierte eigene Position ist das Tor zur Gewalt meinen Mitmenschen gegenüber.

Es ist dabei schon ein Positivum, wenn ich die Wahrnehmung anderer Überzeugungen mit „Duldung“ verbinde. Damit gebe ich dem Anderen Raum, kann und/oder will mich nicht weiter mit seiner Existenz beschäftigen, damit führt dies zu einer „Segregation“, einem Nebeneinander, zu „Parallelwelten“.

Ein Problem, dieses Stadium in ein positives Zusammenleben zu überwinden – und erst das ist dann Pluralismus oder auch Integration – erfordert sozusagen eine „Basis“, eine „Wertestruktur“, die auf alle Menschen anzuwenden, die von allen Menschen zu achten ist. Es geht um „Regeln“, die, auch dies ein Erfolg der Aufklärung, unabhängig von religiösen Regeln, einzuhalten sind, ohne Religion in Frage zu stellen.

Die Gefahr, dass dominierende Gruppen (religiös, kulturell, wirtschaftlich) diese grundlegende Basis in eigenem Interesse zu unterlaufen suchen, ist immer gegeben.

6.3 Islam

Wenn es bei uns im Zusammenhang mit Integration um Religion geht, dann geht es meist um „den“ Islam. Dabei wird einerseits von einer nicht vorhandenen Einheit gesprochen und andererseits „der“ Islam „uns“ gegenübergestellt.

Das „deutsche Wir“ und „die Muslime“ werden als sich ausschließende Gegenkategorien wahrgenommen.

Unter der Überschrift „Integration“ muss daher an beiden Themen gearbeitet werden: Wer ist „wir“? - „Was ist Islam“?

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) hat in einer Studie aus dem Jahre 2014:

„Deutschland postmigrantisch I“²²

„Exklusionen des Deutschseins - Muslime als Gegenüber und Gegenbild“ folgendes zum Ausdruck gebracht.

4. Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit werden in Frage gestellt. Exkludierende Vorstellungen finden ihren Ausdruck beispielhaft in Stereotypen gegenüber Muslimen als der größten religiösen Minderheit in Deutschland: Mehr als ein Viertel (27 Prozent) der Befragten denkt, dass Muslime aggressiver seien als sie selber, fast ein Drittel (30 Prozent) glaubt nicht, dass Muslime genauso bildungsorientiert seien wie ihre eigene Gruppe. Als eigene Gruppe wird auf Nachfrage auffallend oft (ca. 40 Prozent) „wir Deutschen“, „die deutsche Bevölkerung“, „die deutsche Gesellschaft“ oder ähnliches genannt. Muslimisch und deutsch werden dabei überwiegend als Gegenkategorien wahrgenommen und Musliminnen und Muslimen somit aus dem „deutschen Wir“ herausdefiniert. Es sind jedoch nicht immer dieselben Befragten, die ausgrenzend antworten, was dafür spricht, dass die Anzahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Muslimen hat, noch deutlich größer ist. Zwar kann man hieraus kein konsistent islamfeindliches Weltbild ableiten, es verdeutlicht aber ein breites Spektrum an negativen Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen. Selbst wenn diese Einstellungen nicht notwendigerweise zu Handlungen führen müssen: Die Teile der Bevölkerung, die über solche Einstellungen verfügen, stellen einen Resonanzboden und wahrgenommenen gesellschaftlichen Rückhalt für die in letzter Zeit zunehmenden Anschläge auf Moscheen und Hassattacken auf muslimische EntscheidungsträgerInnen dar.

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) www.bim.hu-berlin.de

Eine zentrale integrationspolitische Herausforderung ist die Frage der institutionellen Gleichstellung des Islams in unsere

22 <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/>

Gesellschaft. Es sind Fortschritte zu beobachten, aber auch Rückschläge. Das hat auch damit zu tun, dass aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft der Islam noch nicht in der Moderne angekommen ist.

Zafer Senocak, ein in Deutschland lebender Schriftsteller türkischer Herkunft versucht in seinem Beitrag in der „Welt“ vom 21.07.2015 die Frage zu beantworten, warum der Weg des Islams in die Moderne so schwer ist und wie der Westen dem Zivilisationsbruch im Islam entgegenwirken kann. In seinen Ausführungen finden sich Hinweise auf den Islam in Deutschland und warum ein Diskurs nur verhalten optimistisch eingeschätzt werden kann.

Ihm ist zuzustimmen, dass „ein offener und kritischer Diskurs über die Weiterentwicklung des Islams in unsere pluralistische Gesellschaft“ dringend geboten ist. Die meisten Verbände und Organisationen verweigern jedoch einen entsprechenden Diskurs.

Seiner Auffassung nach wachsen „Muslime in einer Welt der unterschiedlichsten Abhängigkeiten auf. Die Frauen in der Abhängigkeit von Männern, die Jugendlichen in der Abhängigkeit von Älteren, die gesamte islamische Welt in der Abhängigkeit der restlichen .. Welt. ... (Die) Muslime empfinden diese Abhängigkeit als Unterordnung, fühlen sich immer in der Defensive und erfahren Kontrollverlust.“

„Gerade in Deutschland, wo die Bildungsferne von Generation zu Generation vererbt wird, bildet sich der „Discount-Islam“ rasend schnell aus, der sich Reformen verweigert.“

6.4 Zuwanderer in Rüsselsheim

Wenn wir den Blick jetzt auf Rüsselsheim werfen, muss klar sein, dass in allen gesellschaftlichen Gruppen Liberale und Fundamentalisten zu finden sind, dass in allen gesellschaftlichen Gruppen demokratisches und aufgeklärtes Verhalten nicht selbstverständlich ist.

Zuwanderer aus anderen Ländern und Kulturen sowie ihre Nachkommen stellen 47,22 % der Bevölkerung in Rüsselsheim (Kreismonitor 2013)²³. Das sind von knapp 63.000 Einwohnern

²³ <https://www.kreisgg.de/leben-im-kreis-gg/soziale-hilfen/sozialplanung-sozialberichterstattung/>

ca. 30.000 Personen. Muslime stellen laut Zensus von 2011 die größte religiöse nichtchristliche Gemeinschaft dar, wobei – wie erwähnt – es „die“ Muslime nicht gibt. Sie verteilen sich auf diverse Gemeinschaften, deren Beziehungen untereinander mehr oder weniger eng, teilweise aber auch gestört bis gegnerisch sind. Das ist bei „den“ Christen nicht anders.

Nur 15%-20% der hier lebenden Muslime sind Verbänden oder Organisationen zuzuordnen. Die nicht organisierten 80% der Muslime bilden die große schweigende Mehrheit.

Vertreter politischer und städtischer Gremien haben sich seit Jahren primär mit islamischen Verbänden und Vereinen im Dialog befunden, ohne genau zu wissen, mit wem man es da eigentlich zu tun hat. Es ist nicht die religiöse Überzeugung der Einzelnen, sondern islamistisches Gedankengut und der politisch-ideologische Missbrauch durch Extremisten, der Schwierigkeiten bereitet.

Nach Erhebungen der Verfassungsorgane sind allerdings nur 1% bis 1,5% der Muslime in Deutschland einem extremistischen Umfeld zuzurechnen.

Dennoch gehört es zur Realität, dass sich in den letzten Jahren vor Ort eine islamistische Szene gebildet hat und Rechtsextremismus und Faschismus auch in Zuwandererkreisen durch den Bericht des Kreises Groß-Gerau deutlich geworden sind.

Außerdem wurden religiöse, ethnische und nationale Konflikte aus den Herkunftsländern nach hier transportiert. Das Ergebnis ist Segregation – statt Integration.

In einer umfangreichen Serie wurde im ersten Halbjahr 2014 in der „Main-Spitze“ die Rüsselsheimer Situation differenziert dargestellt und auf die Schwierigkeiten der Einordnung in unsere Stadtgesellschaft eingegangen.

6.5 Gespräche zwischen den Religionen

Das Gespräch der religiösen Gemeinschaften untereinander muss endlich auch in Rüsselsheim vorangebracht werden. Dabei ist es schon schwer genug, den Kontakt innerhalb der christlichen, muslimischen oder sonstigen Gruppierungen zu pflegen, aber, wie Hans Küng sagte: „Ohne den Frieden unter

der Religionen gibt es keinen Frieden auf der Welt!“

6.6 Islamischer Religionsunterricht und Integration

In den letzten Jahren wird das Thema „Islamischer Religionsunterricht“ als besonders drängend und wichtig behandelt. Es wird geradezu als zentrales Thema der Integration angesehen.

Oberflächlich betrachtet liegen die Chancen eines islamischen Religionsunterrichts auf der Hand. Normalität, Gleichberechtigung und Partizipation werden sich durch diesen Unterricht erhofft. Und Integration funktioniert durch Normalität.

Die Lösung der Landesregierung lautete, mit schrittweiser Einführung des islamischen Religionsunterrichts ab dem Schuljahr 2013/2014 sollten die Koran-Schulen ersetzt werden. Denn Koranschulen, so sind sich nahezu alle Experten aus Politik und Wissenschaft einig (darunter gerade zahlreiche Muslime, die sich mit Integration beschäftigen) tragen nicht zur Integration in die freiheitliche demokratische Gesellschaft bei. Solche Schulen vermitteln auch und gerade integrationshemmende Werte und Praktiken. Für eine weitsichtige Integrationspolitik ist es daher verfehlt, Koranschulen zu dulden.

Ein etwas genauerer Blick kann hier hilfreich sein, ob sich diese Hoffnung erfüllt hat.

Auf der **„Inländer-Seite“**, d.h. in allen die Schule betreffenden Regelungen ist von einem konfessionellen katholischen und evangelischen Religionsunterricht als ordentlichem Fach die Rede. Das bedeutet dieses Fach ist Pflichtfach. Inhaltlich wird das Fach von der Katholischen, bzw. Evangelischen Kirche definiert. Eine Abmeldung ist nur aus Gewissensgründen möglich.

Wer den konfessionellen Religionsunterricht nicht besucht, besucht – vielfach nur theoretisch – ein „Ersatzfach“. Dieses Fach wird dann sehr oft „Ethik“ genannt, obwohl es immer noch

auf der Basis „Ersatzfach“ steht. Diese formale Grundlage ist in der schulischen Praxis immer schwerer umzusetzen.



„So ändern sich die Verhältnisse ...“²⁴

Die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich in den letzten 50 Jahren sehr deutlich verändert: die großen „Volks-“Kirchen sind nicht nur von den Mitgliederzahlen, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung nicht mehr so selbstverständlich.

Als Folge haben die Teilnehmerzahlen am Religionsunterricht massiv abgenommen. Gerade in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet wird es immer schwieriger, arbeitsfähige Religionsklassen zusammenzustellen.

Der steigende Anteil an Zuwandererkindern hat den Rückgang des Religionsunterrichts deutlich beschleunigt. Auch wenn man die katholischen italienischen und spanischen Kinder, die orthodoxen Kinder aus Griechenland, Russland, Bulgarien, usw. mit berücksichtigt – das ist nicht mehr der „alte“

²⁴ Frankfurter Rundschau, 13./14.02.2010

Religionsunterricht.

Versuche, wie „ökumenischen“ Unterricht – evangelische und katholische Kinder zusammenzufassen – werden von den Kirchenleitungen strikt abgelehnt. Dann werden Klassenstufen zusammengefasst, wird der Religionsunterricht in die Randstunden geschoben – organisatorisch ist er immer schwieriger in den Unterrichtsablauf zu integrieren.

Dies wird noch dadurch verschärft, dass alle Kinder und Jugendlichen, die den Religionsunterricht nicht besuchen – das können auch schon einmal 80 – 90% der Klasse sein, **eigentlich** in das Ersatzfach gehen müssten. Wie aber soll das rein organisatorisch gehen?

Es gibt Schulen, in denen man den muttersprachlichen Unterricht parallel zum Religionsunterricht gesetzt hat.

In Sek-I-Schulen in Rüsselsheim scheint er ein Auslaufmodell zu sein und auch in den Gymnasien kommt es vor, dass die zur Verfügung stehenden Lehrerstunden für katholische und evangelische Religion nicht umgesetzt werden können.

In den Sek-II-Schulen ist der Religionsunterricht de facto ein Wahlfach, Religionslehrer werden auch in Ethik eingesetzt.

Kurz zusammengefasst, der konfessionelle Religionsunterricht wird zum Auslaufmodell, das Ersatzfach wird zum Normalfall.

Unter diesen Aspekten soll im Rahmen von Integration der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht eingeführt werden. Die realen Verhältnisse im konfessionellen Religionsunterricht werden einfach übersehen. Den „christlichen“ Religionsunterricht gibt es per definitionem nicht .

Es fehlt somit der de facto-Rahmen, der den islamischen Unterricht aufnehmen soll. Es bleiben die formalen Regelungen der Abmeldemöglichkeiten, die Notwendigkeit des Ersatzfaches – er passt nicht mehr in die aktuelle Schullandschaft.

Aus Gründen der staatlichen Neutralität sollen auch im islamischen Unterricht „die Muslime“ selbst über die Inhalte entscheiden. Doch wer sind die Autoritäten auf muslimischer Seite, die das – analog zu den öffentlich-rechtlichen Volkskirchen – leisten können.

Da der Islam in Deutschland ein durch und durch heterogenes (theoretisches) Gebilde darstellt, fehlt den staatlichen Stellen ein den Kirchen analoger Gesprächspartner.

Man hat sich auf Gruppen konzentriert, die aus organisatorischer Sicht hier passen könnten: „Ditib“ und „Ahmadiyya“. Beide haben organisatorische Strukturen, die eine überregionale Repräsentanz bieten – als Partner für staatliche Stellen. Und die staatliche Seite hat ihnen schnell den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts genehmigt.

Wenn man sich diese Gruppen genauer ansieht, werden die Schwierigkeiten nicht geringer: Welchen Anteil an „muslimischen“ Schülerinnen und Schülern können sie abdecken? Was ist mit den anderen Gruppierungen? Wie sieht es mit der Wissenschaftlichkeit aus? Wie sieht es mit der Transparenz der Inhalte aus?

Der Arbeitskreis christlich-demokratischer Lehrer hat vor einigen Monaten Abdel-Hakim Ourghi gebeten, ein Gutachten zum islamischen Religionsunterricht in Hessen zu erstellen²⁵. Abdel-Hakim Ourghi ist Leiter des Fachbereiches Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg. Er gilt als Kritiker der konservativen muslimischen Verbände, besonders der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion. Die Ditib untersteht der Kontrolle der Regierung in Ankara und „verfolgt in Deutschland religiöse und politische Ziele“ (Ourghi). Die Emanzipation der türkischen Muslime sei dem türkischen Staat und somit der Ditib ein Dorn im Auge. Entsprechend fiel sein Gutachten aus. Das Curriculum der Ditib sei „keineswegs konstruktiv oder kritisch, offenbar viel zu konservativ“, sagt Ourghi. Im hessischen Kultusministerium ist das Gutachten bekannt; dort allerdings denkt man ganz anders darüber.

In Rüsselsheim wird bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht an der Grundschule im Berliner Viertel durch eine Lehrerin von der türkischen Ditib-Gemeinde erteilt. Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass seit kurzem es auch eine Lehrkraft für alevitischen Religionsunterricht gibt.

Nicht alle Eltern muslimischen Glaubens aus dem Goetheschulbezirk haben ihre Kinder angemeldet. Aus Gesprächen mit den Eltern weiß die Schulleiterin lt. Presse zu berichten, dass manche Mütter und Väter es lieber hätten, wenn

²⁵ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article144978913/Niemand-weiss-was-im-Islamunterricht-passiert.html>

der „Lehrer“ von der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft statt von der Ditib käme und andere Eltern finden, dass die Islamstunden in den Moscheegemeinden (Koranschulen) ausreichen. Ahmadiyya hat neben Problemen im muslimischen Kontext und der Minderheitenposition noch deutliche Schwierigkeiten, sich in unserer Gesellschaft einzuordnen.

Aus der Rüsselsheimer Praxis kann man auch hören, dass das türkische Konsulat einfach Lehrkräfte schickt, die von den Schulen zu akzeptieren sind – Ditib ist eine mit der türkischen Regierung verbundene Organisation. Mit den Kriterien eines ordentlichen Unterrichts hat das sehr wenig zu tun.

Die große Anstrengung der Landesregierung hat sich mit Blick auf diese Entwicklungen bislang nicht erfüllt. Bis zu einem flächendeckenden Islamunterricht in Hessen und an Rüsselsheimer Schulen ist noch ein langer Weg. Es fehlt an in Deutschland ausgebildeten Religionspädagogen. Hinzu kommt die ablehnende Haltung mancher Eltern, ihre Kinder in den Unterricht zu schicken, weil nicht die passende Glaubensrichtung gelehrt wird. Der Verweis von Eltern auf die Koranschulen als ausreichendes Instrument für die religiöse Erziehung ihrer Kinder spricht außerdem gegen gewünschte Erfolge.

Was tun?

Nicht zuletzt aus Gründen der Integration sollte der konfessionelle Religionsunterricht in der öffentlichen, weltanschaulich neutralen Schule durch ein Pflichtfach „Ethik“ für alle Schüler gleichermaßen verpflichtend eingeführt werden.

Zusätzliche religiöse Unterweisungen können durchaus in Kooperation mit den Behörden im schulischen Umfeld stattfinden. Aber vorrangig und verpflichtend muss das Gemeinsame stehen.

7 Willkommenskultur : Die verdrängte Verantwortung

Voraussetzung für Willkommenskultur ist die Offenheit für Zuwanderung. Das lässt sich aber für unsere Gesellschaft nicht ohne weiteres behaupten.

Dass es Flüchtlinge gibt, ist immer mehr oder weniger jahrelangen gewaltsamen Konflikten und Verfolgung oder extremen Umständen geschuldet.

Was sich aber alle wünschen ist, dass es allen Menschen so gut in ihrer Heimat gehen möge, dass sie diese gar nicht erst verlassen müssen.

Deshalb sollte sich Deutschland dafür einsetzen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dieses hehre Ziel steht außer Zweifel. Es ist aber festzustellen, dass es die Politik vernachlässigt, sich für entsprechende Lösungen einzusetzen.

Daher ist die Rede vom „Bekämpfen der Fluchtursachen“ wohl eher ein leeres Lippenbekenntnis, das nichts kostet.

Man muss zunächst die Frage beantworten, ob es jemals in einem Land eine Willkommenskultur für Zuwanderer gegeben hat oder ob diese Wortneuschöpfung nur dem Zweck dient, einen Zustand zu fördern, den es nicht gibt.

Um die historischen Hintergründe genauer darzustellen, fehlt hier der Platz. Wir verweisen auf entsprechende Dokumentationen, z.B.:

Historische Entwicklung der Migration nach und aus Deutschland. Länderprofil Deutschland, 15.07.15. Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de

Worauf es uns bei der Beschreibung des historischen Hintergrunds ankommt, ist, aufzuzeigen, dass sich aus diesen Wanderungsbewegungen heraus keine (echte) Willkommenskultur entwickeln konnte. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Anwerbung von Arbeitskräften in den 50er/60er-Jahren. Damals galt noch das Rotationsprinzip - was aber nie wirkte - weil wir uns nicht als Einwanderungsland

verstanden. Neueste Untersuchungen (Repräsentative Bevölkerungsumfrage 2015²⁶) sprechen zwar dafür, dass sich eine neue „Willkommenskultur“ entwickelt. Dennoch zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland an Einwanderer letztlich dieselben Ansprüche stellen wie an Einheimische. Daneben gibt es die These, dass eine Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung ist, dass Staat und Gesellschaft mehr tun müssen um die Einwanderer besser zu integrieren.

Am Beispiel der Stadt Rüsselsheim wird deutlich, dass auf diesem Gebiet viel zu wenig getan wird. Dieser Sachverhalt gilt für die bereits seit Jahrzehnten zugewanderten Migranten; erst recht für die neu Ankommenden. Wenn „Willkommenskultur“ nicht nur eine „Wortneuschöpfung/Worthülse“ bleiben soll, dann muss hier sofort nachgearbeitet werden.

Für unsere Politiker ist Willkommenskultur nur ein Wort, wir fordern Inhalte.

In neuerer Zeit hat sich die Politik recht wenig um die Integration der hier anwesenden Zuwanderer gekümmert. Der einheimischen Bevölkerung wurde regelmäßig mitgeteilt, dass wir doch kein Einwanderungsland seien. Das ist mit einer der Gründe dafür, dass sich keine Willkommenskultur entwickeln konnte, Und das ist heute nicht anders.

So unterentwickelt eine Willkommenskultur in Deutschland ist, so sehr ist Toleranz und Hilfsbereitschaft ausgeprägt. Allerdings sollte hierbei beachtet werden, dass diese Toleranz Voraussetzungen unterworfen war und ist. Die Zuwanderer sollten sich deutschen Gepflogenheiten und Gesetzen unterordnen und sollten die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Es gibt aber auch eine andere, für uns sehr positive Seite. „Den Deutschen“ gibt es eigentlich gar nicht. „Der Deutsche“ zeichnet sich dadurch aus, dass er in aller Regel ein Gemisch aus vielen Vätern ist. Wenn man in den Familienhistorien nur weit genug zurückgeht, dann finden sich nahezu überall Einmischungen aus fremden Kulturen. Das macht „den Deutschen“ aus und die tragende Gemeinsamkeit ist die

26 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Emnid_Willkommenskultur_2015_BST.pdf

deutsche Sprache, die letztlich auch die deutsche Kultur bestimmt.

Man macht es Zuwanderern einfacher, wenn sie klare Regeln vorfinden. Sie können dann entscheiden, ob sie sich diesen Regeln unterordnen wollen. Dazu gehört ein gesetzlicher Rahmen, die Zusammenfassung bestehender Einwanderungsregeln zu einem Einwanderungsgesetz. Ein einfaches, übersichtliches Gesetz, das von den Zuwanderern verstanden wird. Das ist längst überfällig. Und die Kriterien müssen für alle Bundesländer in gleichem Umfang anwendbar sein, damit sich nicht von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Gesellschaften außerhalb der üblichen deutschen Gepflogenheiten ausweiten können.

In einem Einwanderungsgesetz ist außerdem mit den Staaten des Westbalkan im Rahmen eines Anwerbeabkommens zu regeln, wie die legale Einreise aus diesen Ländern nach Deutschland gewährleistet werden kann.

So liegen die Probleme mit Zuwanderern nicht einfach nur bei den Zuwanderern selbst, sondern vielmehr im Verhalten der Politik und unserer eigenen Gesellschaft. Wir brauchen keine Willkommenskultur, sondern klare Regeln, die vor allem von der deutschen Gesellschaft getragen und gelebt werden und von Zuwanderern als Voraussetzung für ihre Zuwanderung anerkannt werden können. Dann, und nur dann wird es keine unscharfen Ängste vor Überfremdung geben, die heute als „Fremdenfeindlichkeit“ interpretiert werden.

Wer wirklich Asyl beanspruchen kann, wird wegen der großen Not zu uns kommen wollen, ob er nun willkommen geheißen wird, oder nicht. Es geht schließlich ums nackte Überleben. Aber die Entscheidung, bei uns Asyl zu suchen oder lieber in einem anderen Land, muss dem Flüchtling ermöglicht werden dadurch, dass er verlässliche Regeln vorfindet.

Willkommenskultur ist untrennbar verbunden mit Integration. Wenn aber Integration nicht engagiert betrieben wird, bleibt „Willkommenskultur“ ein Kandidat für das „Unwort des Jahres“.

Wir brauchen keine Symbolpolitik sondern eine umsichtige Integrationspolitik in Rüsselsheim

Wir bauen wahrscheinlich bis zu 10 neue Gemeinschaftsunterkünfte im Stadtgebiet. Damit haben wir dann Flüchtlingsunterkünfte an entsprechend vielen Standorten. Zusätzlich werden Flüchtlinge in privaten Wohnungen untergebracht. Aber damit ist es nicht getan. Wie kann die Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft gelingen, wenn sie nicht unsere Sprache sprechen und monatelang weder Job noch Ausbildung antreten dürfen? Kann sie überhaupt gelingen?

Ganz sicher nicht. Wo sich zudem nur zwei Sozialarbeiter (eigentlich kennen wir nur einen Sozialarbeiter) um Hunderte Flüchtlinge kümmern sollen, sind Spannungen programmiert.

Ein schweres Schicksal in ihren Heimatländern macht die Flüchtlinge nicht per se zu netten Menschen, die ohne hinreichende Unterstützung in unsere städtischen Strukturen zu integrieren sind. Ein Umstand, den die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt einfach ignorieren.

Und Flüchtlinge sind nicht gleich Flüchtlinge. Unterschiedlich schwere Schicksale, unterschiedliche Kulturen, Religiöse Einstellungen, Zu- und Abneigungen verschwinden ja nicht auf Kommando. Hier sind Konflikte vorprogrammiert und soziale Brennpunkte werden im Stadtgebiet entstehen.

Der aktuelle Handlungsdruck bei der Planung und dem Bau von Unterkünften kaschiert die Ratlosigkeit und Konzeptlosigkeit der politisch Verantwortlichen bei der Integration dieser Menschen in unsere Stadtgesellschaft. Und Runde Tische in den Stadtteilen sind hilfreich, können die notwendige Diskussion über ein vernünftiges Gesamtkonzept der Integration allenfalls verdecken.

Um negativen Entwicklungen entgegen zu wirken bedarf es dringend eines Konzeptes für Integration in unsere Stadtgesellschaft, einem „Konzept zur Willkommenskultur“. Die bisherigen Aktionen seitens der Stadt reichen nicht aus.

Denn hier handelt es sich derzeit nur um Asylverfahren und die Erstunterbringung. Die, die danach bleiben, brauchen auf viele

Jahre hin Wohnung und Arbeit. Sie müssen Deutsch lernen und ihre Kinder in Kindergärten und Schulen unterbringen.

Über das Gelingen der Integration entscheidet die Zeit nach der Erstunterbringung. (s.a.²⁷)

Dafür ist die Stadt nicht vorbereitet, dafür wird sie auch von Land und Bund nur unzureichend unterstützt.

Die sozialpädagogische Grundversorgung der Flüchtlinge wird durch die Stadt Rüsselsheim sichergestellt. Derzeit liegt der Betreuungsschlüssel bei einer Vollzeitstelle pro 100 Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft, zuzüglich jenen Flüchtlingen, die in privaten Wohnungen untergebracht sind.

Ein bei der Stadt angesiedelter Sozialarbeiter übernimmt die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge. Er kümmert sich um die Belange der Menschen, gibt ihnen Rat, Hilfestellung und Unterstützung. Die Anmeldung der Flüchtlingskinder in Kitas und Schulen hat Priorität in seinem breit gefächerten Arbeitsgebiet. Aufgrund der zu erwarteten steigenden Flüchtlingszuweisungen wird der vom Land festgelegte Betreuungsschlüssel überschritten werden. Der Kreis Groß-Gerau stellt deshalb die Finanzierung einer weiteren Vollzeitstelle ab Bezug der ersten neuen Flüchtlingsunterkunft in Rüsselsheim sowie 0.5 weitere Stellen zum Ende des Jahres 2015 für den Fall des weiteren Ausbaus der Unterbringungskapazität zur Verfügung.

Es fällt auf: das Land Hessen legt einen Betreuungsschlüssel von 1:200 fest; dann gilt doch wieder 1:100 in Rüsselsheim und der Kreis Groß-Gerau plant einen Zuschuss für 1,5 Stellen. Durch einen einfachen Federstrich des Landes Hessen wird die Qualität der Betreuung halbiert.

Und das bei folgenden Flüchtlingszahlen: (Zahlen aus der Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung²⁸)

Für 2014 werden 131 Flüchtlinge angegeben; in 2015 werden 300 Flüchtlinge angegeben; in den 300 sind noch 64 aus 2014.

27 http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/hohe_fluechtlingszahlen_warum_wir_ein_aufnahme_und_integrationsprogramm_brauchen/

28 DS 476/11-16, StvVersammlung 26.3.15, TOP 13; einstimmig beschlossen

Hier stellt sich die Frage: Gibt es denn keine anderen Flüchtlinge im Jahre 2014 und keine Flüchtlinge vor dem Jahre 2014? Und wie viele Menschen außerhalb der Einrichtungen brauchen Begleitung?

Die rd. 400 Plätze (Menschen) erfordern nach dem angewandten Verteilungsschlüssel, (1:100), vier Sozialarbeiter, finanziert sind aber nur 2,5 Stellen.

Die Stadt Rüsselsheim stellt keine zusätzlichen Mittel für die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge zur Verfügung. Hier zeigt sich wieder einmal „Haushalt vor Inhalte“. Es wird von „Integration“ gesprochen – es darf aber nichts kosten. Hier muss die Antwort lauten: Flüchtlingshilfe ausweiten, Personal aufstocken, volle Kostenübernahme durch das Land! Flickwerk auf diesem Gebiet wird die Stadtgesellschaft in Zukunft teuer bezahlen.

Es kommt etwas hinzu, was ebenfalls typisch für die Vorgehensweise der Politik erscheint.

Es gibt beispielsweise die Integrationslotsen, eine sehr gute niederschwellige Hilfestellung für Zuwanderer – allerdings eine ehrenamtliche Einrichtung. Man stellt diese „Zusatz“-Einrichtung an die Stelle der professionellen Grundversorgung. Diese Gruppe wird nicht bezahlt, die Anleitung wird von einer/m hauptamtlichen Mitarbeiter/in in der Verwaltung nebenbei abgewickelt. Es kann hier sehr schnell zu einer Überforderung der ehrenamtlichen HelferInnen kommen, die sich dann zurückziehen.

Aber jede Kritik an dem Konzept Integrationslotsen kann dann als „Abwertung“ diskriminiert werden und so davon ablenken, dass die eigentlich staatliche Aufgabe, das erwähnte „Konzept für Willkommenskultur“, verweigert wird.

Ein weiterer Punkt aktuellen Politikgebarens, das sich dann auch auf „Integration“ auswirkt, ist die Verweigerung kommunikativer Strukturen.

Kompromisse, aufeinander hören, die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen – also die Grundlagen demokratischen Handelns – werden hier massiv unterlaufen. Diese Mechanismen lassen sich jetzt auch in den unterschiedlichen Aspekten der Themen des „Bündnis für Integration“ belegen.

Ergänzung 1 zu 7.1 Willkommenskultur

In der FAZ fand sich dieser Tage ein Artikel, dass die Unterkunft und Erstversorgung der Flüchtlinge bis zu 10 Mrd. Euro kosten wird. Gleichzeitig bringt die Finanzministerin von Schleswig-Holstein (Grüne) Steuererhöhungen für diesen Zweck ins Spiel. Wir wissen, dass bei den Deutschen beim Geld die Freundschaft aufhört. Falls die Politik jetzt Steuererhöhungen plant, können wir (drastisch ausgedrückt) die Willkommenskultur in die Tonne werfen. Einen Auszug aus dem FAZ-Artikel²⁹ :

Nur in Bayern bekommen die Kommunen die Kosten fast komplett erstattet. In anderen Ländern reicht das Geld, wie Bürgermeister beklagen, nur für 20 bis 80 Prozent der gesamten Ausgaben. Die Pauschale je Flüchtling an die Landkreise beträgt in Baden-Württemberg derzeit 13.260 Euro. In Berlin liegt die Pauschale bei etwa 12.000 Euro, in Bremen bei 12.500 Euro. Andere Länder verfügen über Mischsysteme. Geht man von den Pauschalen von 12.000 bis 13.000 Euro und den nun erwarteten bis zu 800.000 Flüchtlingen aus, kommt man auf Kosten von mehr als 9 bis 10,5 Milliarden Euro, mit denen die Länder rechnen müssen, wenn sie die Flüchtlinge ein Jahr lang versorgen müssen. Seit Monaten fordern sie mehr Geld vom Bund. „Der Bund muss jetzt sehr schnell sagen, wie er sich dauerhaft und strukturell an den Kosten für die Betreuung der Flüchtlinge beteiligen wird. Wir haben keine Zeit mehr, noch Monate zu diskutieren“, sagte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Mittwoch. Bislang hat der Bund den Ländern nur eine Milliarde Euro zugesagt.

In manchen Ländern werden auch schon Rufe nach Steuererhöhungen laut. Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) forderte, der Staat müsse „die

²⁹ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/asylbewerber-kosten-bis-zu-10-milliarden-euro-13758770.html>

Einnahmeseite verbessern“, also neue Steuern einführen oder alte erhöhen. Das Geld für die Flüchtlingshilfe sollten vor allem die Reichen aufbringen. Heinold würde die Erbschaftsteuer erhöhen. Auch bei der Finanztransaktionssteuer sehe sie Potential. Außerdem solle der Solidaritätszuschlag bestehen bleiben und zur Deckung der Asylkosten genutzt werden. Schleswig-Holstein hat die Mittel für Flüchtlinge dieses Jahr auf fast 300 Millionen Euro mehr als verdreifacht.

Ergänzung 2 zu 7.1 Willkommenskultur

So sieht politische Ablenkung aus ³⁰:

Insgesamt stehen Bund, Land und Kommunen vor großen Herausforderungen. Das wird auch deutlich, wenn man sich anschaut, dass erneut eine Korrektur der Prognose der Flüchtlingszahlen durch den Bund ansteht“, so Grüttner. Beeindruckt zeigte sich der Minister von der Hilfsbereitschaft der Kassel-Caldener. Auf einen Aufruf hin, dass Kinderwagen benötigt würden, waren über 70 Stück aus der Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden. „Das ist eine tolle Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger hier, für die ich mich sehr herzlich bedanken möchte und die zeigt, wie groß die Akzeptanz hier ist“, sagte Grüttner.

Er dankte aber auch dem 1. Beigeordneten in Calden, Adolf Roß, dem Leiter der Zeltstadt, Werner Liphardt, und dem stellvertretenden Regierungspräsidenten Hermann-Josef Klüber, die alle vor Ort waren, für deren Unterstützung und Organisation.

„Sie helfen den Flüchtlingen hier im Leben anzukommen, indem Sie bspw. an ein eigenes Kinderzelt zum Spielen und Malen gedacht haben. Das ist so wichtig nach der Flucht vor Krieg und Gewalt“, lobte Grüttner.

³⁰ <http://www.nh24.de/index.php/politik-und-wirtschaft/21-politik-und-wirtschaft-nordhessen/84564-gruettner-besuchte-fluechtlingsunterkunft-in-calden> 20.08.15

Ergänzung 3 zu 7.1 Willkommenskultur

Politisches Reden und Realität³¹ :

„Sprachkurse für Flüchtlinge

Nach 100 Deutschstunden ist meist Feierabend

In vielen Bundesländern werden Flüchtlingen Sprachkurse angeboten. Das Angebot gleicht aber einem Flickenteppich. Und weil die Kurse nicht viel kosten dürfen, sind die Standards deutlich niedriger als bei den regulären Integrationskursen.

Vor Suleiman T. liegen Kopien und Notizpapiere. Es geht um Zahlen, Begrüßungsformeln und Uhrzeiten. Seit acht Monaten lebt der junge Syrer in einem engen Hamburger Flüchtlingscontainer. Ihm geht es ähnlich wie den anderen Teilnehmern aus Afghanistan, Eritrea, Somalia und dem Iran. Sie absolvieren 100 Stunden „Erstorientierung für Flüchtlinge“. Freiwillig und kostenlos. Bücher und Fahrtkosten müssen sie aber selbst bezahlen. Die Teilnehmer kommen gerne. Die Möglichkeit haben allerdings nur wenige: 300 Flüchtlingen im Jahr finanziert Hamburg diese Schulung – und veranschlagt dafür rund 88.000 Euro.

Mariam A. aus dem Iran spricht gut Englisch und ein wenig Deutsch. Ihrem Nachbarn hilft sie beim Übersetzen. Youssef K. ist Ingenieur, seine junge Familie hat er im Iran zurückgelassen. „Wenn ich wüsste, dass ich in Deutschland bleiben kann, hätte ich schon längst besser Deutsch gelernt“, sagt der 24-Jährige. Da er aber über Bulgarien in die EU eingereist ist, werden ihn die Behörden aufgrund der Dublin-Verordnung wahrscheinlich dorthin zurückschicken. Seine Duldung wird immer wieder verlängert, aber nur für zwei Monate. Damit ist für ihn nach den 100 Unterrichtsstunden Schluss.

³¹ <http://www.migazin.de/2015/03/20/sprachkurse-fluechtlinge-nach100-deutschstunden-feierabend/> 20.08.15

Viele warten Jahre auf eine Entscheidung

Nur wer eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung von mindestens sechs Monaten hat, kann dann, kostenlos, weitere 300 Stunden Deutschunterricht besuchen. Hamburg zählt zu den wenigen Ländern, die ähnlich wie Bayern und Schleswig-Holstein, bis zu 400 Stunden Deutschunterricht für Geduldete anbieten. Schon seit 2013 fordern die Länder den Bund auf, auch für diese Gruppe von über 200.000 Menschen Integrationskurse anzubieten – noch ohne Erfolg.

Bislang sind sie von den geförderten 600 Deutschstunden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ausgeschlossen. Bis eine Entscheidung über ihr Bleiberecht gefällt ist, leben aber viele von ihnen oft jahrelang mit diesem prekären Status. Während ihre Kinder in der Schule Deutsch lernen können, haben Erwachsene kaum Möglichkeiten, einen Sprachkurs zu besuchen. Das führe zu sozialer Isolation und erschwere den Kontakt mit Behörden und Ärzten, argumentieren die Länder.

Experten rügen Flickenteppich

Einige von ihnen bieten mittlerweile Deutschkurse für Asylbewerber an – länderfinanziert und zum Teil mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds aufgestockt – eine freiwillige Leistung, die meist an die Integrationskurse angekoppelt ist.

Die Angebote gleichen aber einem Flickenteppich, rügen Experten. In Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden keine freiwilligen Kurse angeboten. In Bayern dagegen haben im Modellprogramm „Deutsch lernen und Erstorientierung“ für Asylbewerber seit 2013 über 3.600 Flüchtlinge teilgenommen.

Ohne Ehrenamt wären Deutschkurse kaum möglich

Auch Pro Asyl bemängelt die Lage. „Insgesamt sind für Flüchtlinge die Standards niedriger als für andere Migrantengruppen, so auch im Bereich der Sprachkurse“, sagt Marei Pelzer, rechtspolitische Sprecherin bei Pro Asyl. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wären an vielen Orten überhaupt keine Deutschkurse möglich.

Immerhin werden diese Hilfen vermehrt von den Ländern und Kommunen unterstützt. Nordrhein-Westfalen zahlt nach

Auskunft des Integrationsministeriums dieses Jahr eine Million Euro für „niedrigschwellige Unterstützung“ etwa für Sprachpaten oder die Anleitung von Spielgruppen für Flüchtlingskinder in den Kommunen. Auch Bayern fördert ehrenamtliche Deutschkurse für Asylbewerber mit Aufwandspauschalen von 500 Euro.

Überfüllte Übergangsklassen für Flüchtlinge

Denn die Kinder von Flüchtlingen befinden sich ebenfalls in einer schwierigen Situation. In den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es meist gar keine Schulangebote. Werden die Familien dann umverteilt, gebe es mitunter erhebliche Verzögerungen bei der Einschulung, berichtet Pro Asyl. Übergangsklassen für Flüchtlinge seien überfüllt, Lehrkräfte überfordert, normale Schulklassen nicht für die Aufnahme von Kindern ohne Deutschkenntnisse gerüstet, klagen Lehrer und Gewerkschaften.

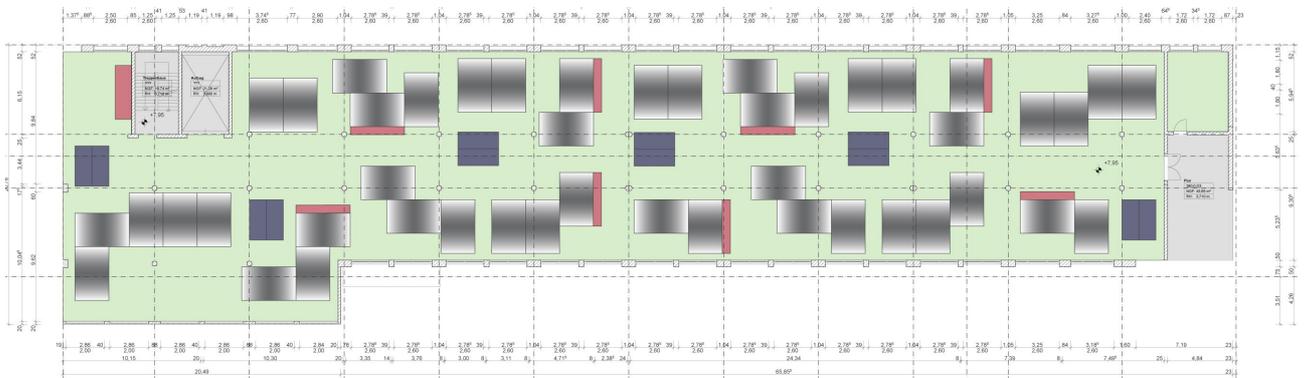
Besonders heikel ist es laut Pro Asyl für Jugendliche zwischen 15 bis 18 Jahren, für die in manchen Bundesländern keine Schulpflicht mehr gilt. In Bayern werde diese Gruppe in die Berufsschulen integriert, auch wenn sie keinen Ausbildungsplatz haben, hebt Pro Asyl positiv hervor. Doch die Kapazitäten reichten bei weitem nicht aus. (epd/mig)“

7.2 Ideen

Nicht nur, aber auch in Rüsselsheim werden Möglichkeiten gesucht, Flüchtlinge unterzubringen. Interessant ist, dass die größte Freifläche in Rüsselsheim in der Diskussion überhaupt nicht auftaucht: das Altwerk!

Tausende Quadratmeter Fläche stehen zur Verfügung. Dass sie nutzbar sind, zeigen die Unterbringung der Hochschule RheinMain, der vhs und diverser Firmen.

Architekten der Hochschule entwickelten auch schon Modelle, wie in Werkshallen studentisches Wohnen, also einfaches Wohnen, möglich sein könnte ³². Die vorgegebene „Bau-Hülle“ wird mit Wohnwürfeln, gemeinschaftlichen Sanitär- und „Markt-“Modulen gefüllt. Leider zeigte die Stadt daran (noch) kein Interesse.



32 Fotos: J.Müller

Vor wenigen Wochen gab es bei der Stadt eine Anfrage, ob es nicht auch in Rüsselsheim die Möglichkeit gebe – ob die Stadt interessiert sei, studentisches Wohnen und Wohnen von Flüchtlingen zu verbinden. **In Frankfurt und Darmstadt laufen wohl entsprechende Projekte an.**

Warum kann man nicht aus der reaktiven Haltung, den Problemen hinterherzuhinken, in eine aktive Haltung wechseln und hier ein Modell entwickeln? Man könnte ja eine ausgewählte Zielgruppe nehmen (z.B. nur Syrer, nur junge Leute, nur Frauen) und ein Wohnprojekt Flüchtlinge und Studierende entstehen lassen.

Wohnbedarf gibt es für beide Gruppen. Beides sind Gruppen, die man als „Kurzzeit-Mieter“ bezeichnen kann, da sie nur eine bestimmte Zeit - durchaus auch einige Jahre (bis zum Studienabschluss, bis zur Entscheidung über Bleiberecht) in solchen Wohnprojekten leben. Es gäbe diverse Kooperationsmöglichkeiten, Ghettobildung würde vermieden und es entstünde sicher ein Run auf dieses Angebot.

Ja, es würden erst einmal Investitionskosten entstehen....

8 Übergänge: Vorschläge übergangen

Bei der Erstellung des Integrationskonzeptes wurden an vielen Punkten Themen und Themenfelder berührt, die für die Integrationsarbeit in der Stadt eine hohe Bedeutung haben, aber eine eigene Erarbeitung erfordert hätte. Diese als „Übergänge“ aufgeführten 15 Themenfelder sollten demgemäß ihrer Bedeutung gründlich ausgearbeitet werden; dies ist überhaupt nicht erfolgt.

- So sollten zum Beispiel die einzelnen **Stadtteile** bzgl. ihrer Bevölkerungsstrukturen untersucht werden; so konnte für den jeweiligen Stadtteil eine differenzierte Vorgehensweise entwickelt werden. (Berliner Viertel)
- Beim Themenkomplex **Familienstrukturen - Heirats- und generatives Verhalten** sollten Tatsachen ermittelt werden um den in weiten Teilen der Öffentlichkeit vorhandenen Einseitigkeiten entgegen zu wirken. Gleichzeitig sollte eine **geschlechterdifferenzierte Darstellung** erfolgen.
- Darüber hinaus wurde ein **Sozialbericht** für die Stadt gefordert und die Struktur der **Arbeitslosigkeit** in Rüsselsheim sollte untersucht werden um anhand der jeweils aktuellen Zahlen Einwirkungsmöglichkeiten seitens der Kommune aufzuzeigen.
- Eine Untersuchung **Wechselwirkung Schule - soziale Lage** hätte den Entscheidungsträgern der Stadt bei der Auseinandersetzung über den Schulentwicklungsplan wichtige Hinweise geben können.

- Eine nachhaltige Analyse des **Wohnungsmarktes** und die **Struktur der Arbeitsplätze** in der Stadt war darauf abgestellt zufälligem Handeln vorzubeugen.
- Bei der empfohlenen Untersuchung **religiöser Gruppierungen** in der Stadt hätte die Bürgerschaft und die Politik einen Überblick der Religiosität der Migranten und den Entwicklungen im **Islam** erhalten können. Sie wären nicht auf einseitige Informationen aus der Szene angewiesen gewesen.
- Die **Jugendarbeit** in der Stadt sollte mit Blick auf erzielte Erfolge bei der Integration untersucht werden.
- Es wurde vorgeschlagen, eine **differenzierte Betrachtung der Begrifflichkeit** „Migranten“ durchzuführen.
- Die Zukunft **des Vereinssports** unter dem Gesichtspunkt „Integration“ sollte betrachtet werden.
- Schließlich sollte im Berichtswesen die **Datenlage** mit Bezug auf die demographische Entwicklung in der Stadt erarbeitet und verbessert werden.